

Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

Erneuerung und Abwehr

Evangelische Zweimonatsschrift

Ausgabe Nr. **2/2004** (März/April 2004)
39. Jahrgang – E 3644

Schwerpunktthema:

Staatlicher Druck auf Christen

Aus dem Inhalt:

Thomas Zimmermanns: **Staatlicher Druck**

Armin Boyens: **Die vergessenen Märtyrer**

M. v. Ow: **Kriminalgeschichte des Christentums?**

Werner Langen: **EU-Beitritt der Türkei?**

Inhalt

Liebe Leser	3
Zu Ostern: Die Wirklichkeit der Auferstehung Jesu Christi von den Toten	4
Thomas Zimmermanns: Staatlicher und gesellschaftlicher Druck auf Christen. 1. Teil	13
Armin Boyens: Die vergessenen Märtyrer	25
Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge in der DDR	29
Presseerklärung zum „Fall Hohmann“	30
Auf den Punkt gebracht	31
Michail Schkarowski: Pastor Kurt Muß – ein lutherischer Märtyrer	39
Meinrad von Ow: 2000 Jahre Christentum – nur als Kriminalgeschichte?	50
Werner Langen (Interview): EU-Beitritt der Türkei?	56
Rezensionen: Russlanddeutsche / Der fremde Agent	60
Das aktuelle Stichwort: Christenverfolgung	64
Termine	66
Wort des Schatzmeisters /In eigener Sache /Letzte Meldung	67

Liebe Leser!

In den letzten Wochen hat der Film von Mel Gibson „*Die Passion Christi*“ viele Menschen beeindruckt, aber auch zahlreiche Diskussionen ausgelöst. Wie auch immer man zum katholisch-traditionalistischen Hintergrund des Produzenten und Regisseurs wie auch seines Jesus-Darstellers sowie zur Brutalität etlicher Szenen stehen mag – eines jedenfalls hat der Film in schonungslosem Realismus gezeigt: Der Leidensweg unseres Herrn und Erlösers Jesus Christus war kein „Spaziergang“ nach der Art der heutigen „Spaßgesellschaft“, sondern bittere, grausame Wirklichkeit, mit der – so belegen es ihre Voten – selbst manche Kirchenführer nichts mehr anzufangen wissen. Aber es gilt: Das tat ER für uns! Und die Passion war nicht das Letzte: Danach kam die herrliche und siegreiche Auferstehung!

Um Passion und Auferstehung bewegen sich auch mehrere Beiträge in dieser Ausgabe. Am Anfang steht die Osterfreude angesichts des leeren Grabes und der Auferstehung Jesu Christi. Von diesem mutmachenden und glaubensstärkenden Hintergrund her wenden wir unseren Blick einer anderen bereits vorhandenen „Passion“ zu: dem staatlichen und gesellschaftlichen Druck auf Christen in verschiedenen politischen Systemen – sei es die Türkei, die der EU beitreten will, sei es der ehemalige Ostblock oder auch die Situation mitten in unserem deutschen Land. Besonders der Artikel von Thomas Zimmermanns „*Staatlicher und gesellschaftlicher Druck auf Christen*“, den wir in 3 Folgen veröffentlichen möchten, muß allen ernsthaften Christen im deutschsprachigen Raum sehr zu denken geben. Er wird hoffentlich manche unserer Leser zu Reaktionen und Stellungnahmen gegenüber den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft veranlassen. Denn es gilt, die geschilderten Entwicklungen nicht einfach wehrlos hinzunehmen, sondern zu protestieren und zu handeln, solange dies noch möglich ist.

Falls Sie unsere Stimme stärken wollen, dann unterstützen Sie bitte weiterhin unsere Arbeit, indem Sie interessierte Christen auf unsere Zeitschrift hinweisen. Gerne können Sie auch, solange der Vorrat reicht, Hefte zum Weitergeben nachbestellen. Und vielen Dank, wenn Sie uns auch finanziell helfen, damit wir die Arbeit weiterhin tun können. Bitte beachten Sie auch das *Wort unseres Schatzmeisters* und die Hinweise „*In eigener Sache*“ auf der vorletzten Seite dieser Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen in unserer notvollen Zeit Gottes Bewahrung.

Ihr Lothar Gassmann

Zu Ostern: **Die Wirklichkeit der Auferstehung Jesu Christi von den Toten**

„Halleluja! Er ist auferstanden! Der HErr ist wahrhaftig auferstanden!“ Können Sie die Freude nachempfinden, die uns aus dem Munde der ersten Jünger entgegenschallt? In einer Zeit von fast 2.000 Jahren ist dieser Ruf nicht verklungen. Generationen von Christen haben ihn nachgesprochen, nachgesungen, nachgejubelt. Generationen von Christen haben erfahren, daß es stimmt: Jesus Christus lebt. Er ist Gottes Sohn. Er ist der Überwinder des Todes und der Begründer neuen Lebens: „Tod, wo ist dein Stachel? Hölle, wo ist dein Sieg? Gott aber sei Dank, der uns den Sieg gibt durch unseren HErrn Jesus Christus!“ (1. Korinther 15,55.57).

Und trotzdem bleiben Zweifel: „Kann es sein, daß ein Toter wieder zum Leben erweckt wird?“ Diese Zweifel sind berechtigt und erlaubt. Schon die ersten Jünger haben diese Zweifel gehabt: „Und da sie ihn (den Auferstandenen) sahen, fielen sie vor ihm nieder; etliche aber zweifelten“ (Matthäus 28,17). Auch Sie dürfen Ihre Zweifel frei äußern, denn Gott verbietet Ihnen nicht das Denken. Verstand abschalten - nein danke! Aber soviel sei gesagt: Man kann durch das Denken die Auferstehung Jesu weder beweisen noch widerlegen. Innere Gewißheit kann man nicht durch das Denken bekommen, sondern nur, indem man sich auf Jesus „einläßt“. Das heißt: Indem man Jesus völlig vertraut.

Soll man also doch den Verstand abschalten? Nein! *Glaube ist kein Blindflug*, sondern er ist fest begründet in dem, was uns die Bibel von Gott und Jesus berichtet. Er schwebt nicht im luftleeren Raum, wie manche meinen. Der Evangelist Johannes schreibt ausdrücklich: „Noch viele andere Zeichen tat Jesus vor den Jüngern, die nicht geschrieben worden sind in diesem Buch. Diese aber sind geschrieben, daß ihr glaubt (d.h. daß ihr völlig darauf vertraut), daß Jesus der Christus ist, der Sohn Gottes - und daß ihr durch den Glauben das Leben habt in seinem Namen“ (Johannes 20,30).

Die Bibel liefert keine *Be*-weise, aber *Hin*-weise dafür, daß Jesus wirklich auferstanden ist - Hinweise allerdings, die durch eine große Schar von Zeugen äußerst gut verbürgt sind.

War Jesus nur scheinot?

Es wird manchmal behauptet, Jesus sei vor Erschöpfung und Blutverlust ohnmächtig, aber nicht tot gewesen. In der Kühle des Grabes sei er wieder zu sich gekommen und dann seinen Anhängern begegnet. Folgende Argumente sprechen jedoch gegen diese Behauptung:

- Der Tod Jesu ist das *bestbezeugte* Ereignis im ganzen Neuen Testament. Es erübrigt sich, Bibelstellen aufzuführen.
- Schon vor der Kreuzigung war Jesus so *schwach*, daß ein anderer das Kreuz für ihn tragen mußte (Lukas 23,26ff).
- Am Kreuz stößt Jesus den *Todesschrei aus* (Markus 15,37 par). Das aber hätte er in dieser Lage schwerlich vortäuschen können.
- „Einer der Kriegsknechte öffnete seine Seite mit seinem Speer, und alsbald ging *Blut und Wasser* heraus“ (Johannes 19,34). Das ist ein medizinisch eindeutiges Zeichen, daß Jesus tot war (Blutveränderung).
- Die *Soldaten*, die sicher schon an vielen Kreuzigungen beteiligt waren, waren so sehr vom Tod Jesu überzeugt, daß sie ihm nicht die Beine brachen (das tat man sonst, um das Sterben zu beschleunigen und die Todesqualen abzukürzen) (Johannes 19,33).
- Die Evangelisten berichten, daß am *Abend* nach der Kreuzigung Josef von Arimathia zu Pilatus ging, ihn um den Leichnam Jesu bat und daraufhin erst Jesus vom Kreuz abnahm (Markus 15,42ff par). Das deutet darauf hin, daß Jesus nach seinem Todesschrei noch einige Zeit, vielleicht Stunden, am Kreuz hing und somit also wirklich tot sein mußte.
- Schließlich gilt: Wäre Jesus mit seinem alten, zerschundenen und durch Blutverlust geschwächten Leib aus dem Grab gestiegen (wie hätte er den schweren und versiegelten Felsblock bewegen können?), dann hätte ihn wohl niemand als Todesüberwinder und *Fürst des Lebens* (an)erkannt.

Also muß der auferstandene Jesus eine neue, *verwandelte Leiblichkeit* gehabt haben (vergleiche 1. Korinther 15,35ff; 2. Korinther 5,1ff). Davon ist auch mehrmals in seinen Erscheinungen die Rede;

denn er geht durch Wände; er erscheint und verschwindet vor den Augen der erschrockenen Jünger. Dieser Leib ist mit den Dimensionen unserer Vorstellungswelt nicht faßbar. Etwas ganz Neues ist hier angebrochen, etwas, was Paulus mit stammelnden menschlichen Worten nur andeuten kann: „Es wird gesät verweslich und wird auferstehen unverweslich. Es wird gesät in Unehre und wird auferstehen in Herrlichkeit. Es wird gesät in Schwachheit und wird auferstehen in Kraft. Es wird gesät ein natürlicher (seelischer) Leib und wird auferstehen ein geistlicher Leib“ (1. Korinther 15,42ff). Damit ist auch die Behauptung des Islam widerlegt, *ein anderer sei an Jesu Stelle gekreuzigt worden* und Jesus sei unverwandelt, wie vorher seinen Jüngern begegnet.

Haben die Jünger Jesu seinen Leichnam gestohlen?

Hier geht es um die Frage, warum das *Grab Jesu leer* war. *Daß* das Grab leer war, läßt sich nach allen historisch feststellbaren Anzeichen schwerlich bestreiten. Denn: Nicht einmal die *Gegner* Jesu bestreiten es. Sie sehen sich gezwungen, eine Lüge in die Welt zu setzen, um das Leersein des Grabes zu erklären und die Auferstehung Jesu totzuschweigen (Matthäus 28,11 ff par; vergleiche hiermit die rabbinische Literatur bis auf den heutigen Tag).

Ferner werden *Frauen* als erste Zeugen genannt, die das leere Grab sehen (Markus 16,1 ff par). Frauen besaßen aber damals vor Gericht kein Zeugenrecht. Ihre Aussagen galten als wertlos. Daß trotzdem Frauen als erste Zeugen genannt werden, spricht für die Echtheit der Berichte über die Entdeckung des leeren Grabes.

Für die *Jünger* besaß das leere Grab zunächst keinen Beweiswert für die Auferstehung. Ihre ersten Reaktionen auf die Mitteilungen der Frauen waren Unglaube und Spekulationen. Sie konnten sich das leere Grab nicht erklären. Erst im Nachhinein, angesichts der Erscheinungen Jesu, wurde ihnen seine Bedeutung gewiß. Dies spricht deshalb gegen die Annahme, daß sie das Leersein des Grabes erfunden hätten, um die Auferstehung zu beweisen. Es ist genau umgekehrt: Erst die Wirklichkeit der Auferstehung öffnet ihnen die Augen dafür, warum das Grab leer war.

Schließlich ist zu bedenken: Die Behauptung der Jünger, daß Jesus auferstanden ist, hätte sich in Jerusalem *nicht einen Tag* halten können, wenn das Grab nicht wirklich leer gewesen wäre. Jeder hätte sagen können: Seht, er liegt doch noch drin! - Aber es war eben kein Leichnam mehr im Grab zu finden.

Damit zerbricht auch sogleich der Einwand, die Hohepriester, Pharisäer oder römischen Behörden hätten den Leichnam Jesu gestohlen. Denn nochmals: Als die Jünger behaupteten, Jesus sei auferstanden, hätten jene Gegner Jesu dann auf jeden Fall den Leichnam vorgezeigt und bewiesen: Er ist tot. Aber sie hatten den Leichnam nicht!

So bleibt zu erörtern, ob die *Jünger* den Leichnam Jesu gestohlen haben. Schon die Hohepriester und Pharisäer haben mit dieser Möglichkeit gerechnet und ihr vorgebeugt: *Das Grab wurde bewacht und versiegelt* (Matthäus 27,62ff). Ein Versagen der Wachsoldaten im Dienst, also z. B. Einschlafen, wurde im Römischen Reich meist mit dem Tode bestraft und ist deshalb sehr unwahrscheinlich. Als dann der Leichnam Jesu doch aus dem Grab verschwunden ist, sind die Hohepriester und Ältesten es, die bewußt die *Behauptung* in die Welt setzen, seine Jünger hätten ihn gestohlen. Sie erkaufen diese Behauptung durch *Bestechung* der Grabwächter. „Und so ist dies zum Gerede geworden bei den Juden bis auf den heutigen Tag“ (Matthäus 28,15).

Ferner ist zu fragen, ob die Jünger, die völlig *entmutigt* waren, dies getan hätten. Sie hatten in Jesus den Messias der Herrlichkeit erwartet, der Israel von der römischen Fremdherrschaft befreien sollte (Apostelgeschichte 1,6). Und dann in ihren Augen diese „Schande der Kreuzigung“. Nach jüdischem Gesetz galt: „Verflucht ist, der am Holz hängt“ (Galater 3,13; nach 5. Mose 21,23). Immer wieder wird in den Evangelien berichtet, daß die Jünger die Voraussagen Jesu über sein Leiden, seine Kreuzigung und seine Auferstehung nicht verstanden („Die Rede war ihnen verborgen, und sie wußten nicht, was das Gesagte war“; Lukas 18,34). In den Augen der Jünger mußte Jesus völlig gescheitert sein. Bei der Kreuzigung wird kaum noch einer der Jünger erwähnt, so daß sie sich offenbar schon weitgehend von Jesus abgewandt hatten. Jesus hatte es ihnen vorausgesagt: Wenn der Hirte geschlagen wird, werden sich „die Schafe

der Herde zerstreuen“ (Matthäus 26,31). Und diese Jünger hätten noch den Antrieb und die Überzeugung haben sollen, um einen Leichendiebstahl zu begehen und dann Jesus als den Retter zu verkündigen? Nein!

Deshalb mußte etwas *Besonderes*, von außen Kommendes vorgefallen, um die spektakuläre *Veränderung* bei den Jüngern herbeizuführen, von der uns das Neue Testament berichtet. Aus einem verzagten „Haufen“ wurden mutige Bekenner, Märtyrer, die weder Gefängnis noch Folter noch Hunger noch Tod scheuten, um weiterzusagen, daß Jesus Christus von den Toten auferstanden ist. Diese Veränderung läßt sich am ehesten durch ein wirkliches Ereignis, eben die Auferstehung, erklären, am wenigsten aber durch eine bewußte Täuschung.

Grundsätzlich gilt: Diebstahl und Betrug sind mit der *Glaubenshaltung* der Jünger unvereinbar. Ihnen, die Zeugen der Wahrheit sind, kann unmöglich zugetraut werden, daß sie eine Lüge zur Grundlage ihrer Verkündigung machen.

Haben sich die Jünger alles nur eingeildet?

Auch die Erscheinungen Jesu werden hinterfragt. Man spricht von „Visionen“, „Massenhalluzinationen“ und „subjektiven Erfahrungen“. Man behauptet, Jesus sei nicht leiblich auferstanden, sondern in der Einbildung der Jünger. Der Glaube der Jünger habe die Auferstehung „geschaffen“, aber nicht eine wirkliche Auferstehung den Glauben. - Der Theologe Rudolf Bultmann meinte: Es sei belanglos, ob Jesus konkret, tatsächlich und leiblich auferstanden sei (Bultmann sprach oft von „visionären Erlebnissen“). Wichtig sei, daß sich die Auferstehung immer weiter fortereigne bis auf den heutigen Tag, und zwar immer dort, wo uns das Wort von Kreuz und Auferstehung in der Predigt treffe.

Dahinter steht die - an sich richtige - Beobachtung, daß als historisches Ereignis nur der *Glaube der Jünger* eindeutig faßbar ist, nicht aber die Auferstehung Jesu als solche. Daraus aber zu folgern, daß deshalb die Auferstehung Jesu nicht historisch sein müsse, ist kurzschlüssig. Die Auferstehung ist nicht historisch beweisbar, aber oh-

ne Auferstehung ist der Glaube der Jünger, der historisch erweisbar *ist*, unverständlich.

Denn, wie schon gezeigt, gab es vor der Auferstehung gar keinen Glauben der Jünger mehr an Jesus. Sie waren wie die Schafe zerstreut. Sogar dann noch, als sie den Auferstandenen sahen, konnten sie es nicht glauben und reagierten zunächst mit Furcht, Zweifel und Blindheit. Nur die *Tatsächlichkeit* der Auferstehung Jesu konnte ihren Glauben (neu) wecken und sie zu ihrem missionarischen Eifer und ihrer Opferbereitschaft anspornen.

Die Auferstehung *aller* Toten am Ende der Zeiten war für Juden eine gewohnte Vorstellung, aber nicht die Auferstehung eines *Einzelnen* inmitten der Zeit (und dann auch noch mit Heilsanspruch). Es ist schwer einzusehen, daß die Jünger, die von jüdischem Hintergrund herkamen, sich die Auferstehung Jesu (und dann womöglich noch als Wunschtraum) eingebildet hätten. Jesus hatte zwar seine Auferstehung angekündigt, aber die Jünger hatten seine Worte nicht verstanden (Lukas 18,34). Erst der Auferstandene selber kann ihnen klarmachen, was (schon im Alten Testament, aber meist nicht beachtet, z. B. in Jesaja 53) über ihn vorausgesagt war (Lukas 24,25ff).

Der Apostel Paulus nennt ferner eine *überwältigende Zahl von Zeugen*, die den auferstandenen Jesus gesehen haben (1. Korinther 15,5ff). Es handelt sich um die *verschiedensten* Arten von Menschen. Normalerweise treten aber nur bei einer bestimmten Art von Menschen Halluzinationen auf. So könnte man es sich unter Umständen bei der gefühlsbetonten Maria Magdalena vorstellen, die zudem noch mit dem Makel ehemaliger Besessenheit behaftet ist (Jesus hat aus ihr sieben böse Geister ausgetrieben; Lukas 8,2). Hingegen ist es schwer denkbar, daß so gefestigte Männer wie die späteren „Apostelsäulen“ Jakobus, Petrus und Johannes Halluzinationen gehabt haben sollten. Noch schwerer denkbar ist, daß sie alle die *gleichen* Halluzinationen erlebten.

Auch eine seelische „Kettenreaktion“ von Visionen ist auszuschließen; denn die Erscheinungen liegen *zeitlich auseinander*. Sie sind auch nicht an bestimmte Orte oder Stimmungen gebunden, die ja Halluzinationen begünstigen könnten. So begegnet Jesus im Gar-

ten, auf der Straße, am See oder auch in einem ganz „nüchternen“ Zimmer seinen Jüngern.

Wer an krankhaften Zwangsvorstellungen leidet, erlebt diese immer wieder. Die Erscheinungen Jesu aber hören *abrupt* nach vierzig Tagen auf, als Jesus zum Himmel fährt (Apostelgeschichte 1). (Eine Ausnahme bildet Paulus, dem nach drei Jahren der zum Vater erhöhte Christus begegnet; Apostelgeschichte 9,1ff).

Hätten die Evangelisten auch die *Zweifel* der Jünger geschildert, wenn die Auferstehung nur Erzeugnis ihres Glaubens gewesen wäre? Ausdrücklich wird mehrmals erwähnt, daß manche Jünger schon bei der Begegnung mit dem Auferstandenen zweifelten (also nicht erst im Nachhinein, wo man ins Nachdenken kommt) - ein Hinweis, daß die Begegnungen mit wachen Sinnen erfolgten.

Die Evangelisten legen großen Wert auf die *Leiblichkeit* der Auferstehung Jesu. Es wird geschildert, wie er ißt, Brot bricht, sich anfasen läßt usw. Der zweifelnde Thomas darf seine Hände an die Wundmale Jesu legen (Johannes 20,24ff). Damit wird jede Behauptung, es handle sich um Einbildung, vollends ad absurdum geführt.

Ohne die befreiende, lebensschaffende Kraft des *wirklich* Auferstandenen wäre unser Glaube ein totes, gesetzliches „Muß“, eine selbstaufgelegte Zwangsvorstellung, und wir wären „die Elendesten unter allen Menschen. Nun aber *ist* Christus auferstanden!“ (1. Korinther 15,19f).

Jesus ist auferstanden!

Sicherlich nun nicht alle Fragen beantwortet. Auch nicht alle Antworten, die möglich sind, konnten hier wiedergegeben werden. Aber ich hoffe doch, gezeigt zu haben: Es lassen sich durchaus Argumente für die Auferstehung Jesu Christi von den Toten finden. Die wichtigsten Argumente seien noch einmal kurz zusammengefaßt:

a) *Das leere Grab:* Daß das Grab leer war, steht außer Frage. Der Leichnam Jesu war nicht mehr aufzufinden. Er wäre sonst mit Sicherheit von den Behörden zur Widerlegung der Osterverkündigung

der Jünger vorgezeigt worden. Die Auferstehung selber ist damit aber nicht bewiesen.

b) *Die Erscheinungen des Auferstandenen* und seine Selbstoffenbarungen in Wort und Zeichenhandlungen sind vielfach und konkret im Neuen Testament bezeugt. Paulus nennt über 500 Augenzeugen, bei denen man damals zum Teil sogar noch nachfragen konnte.

c) *Die Veränderung der Jünger* ist nur durch ein umwälzendes Erlebnis erklärbar. Die Jünger wurden von einem verzagten „Haufen“ zu standhaften und mutigen Bekennern. Sie scheuten weder Hunger noch Verfolgung noch Gefängnis noch Tod, um das, was sie erlebt hatten, zu bezeugen. Dieses Erlebnis ist nach ihrem einmütigen Bekenntnis die Auferstehung Jesu Christi.

d) *Alttestamentliche Prophezeiungen*, die sich auf die (heilschaffende) Auferstehung eines Einzelnen beziehen, werden erst im Licht von Jesu Auferstehung verständlich. Auch die Jünger verstehen diese Schriftstellen erst, als der auferstandene Jesus sie ihnen auslegt (Lukas 24,13ff). Wichtige Stellen sind

- Psalm 16,10: „Du wirst mich nicht dem Tode überlassen und nicht zugeben, daß dein Heiliger die Grube sehe.“

- der ganze Psalm 22 (das Gebet Jesu am Kreuz), besonders Vers 22: „Hilf mir aus dem Rachen des Löwen! ... Du hast mich erhört.“

- Jesaja 53, besonders die Verse 10+11: „Wenn er sein Leben zum Schuldopfer gegeben hat, wird er Nachkommen haben und in die Länge leben und des HERRN Plan wird durch seine Hand gelingen. Weil seine Seele sich abgemüht hat, wird er das Licht schauen und die Fülle haben. Und durch seine Erkenntnis wird er, mein Knecht, der Gerechte, den Vielen Gerechtigkeit schaffen; denn er trägt ihre Sünden.“

Wie viele Menschen sind schon den Weg des Glaubens gegangen und haben die Kraft des lebendigen Christus erfahren. Selbstsüchtige konnten ihren Nächsten plötzlich lieben. Alkoholiker und Drogenabhängige wurden von ihrer Sucht frei. Zerrüttete Familien fanden zusammen. Menschen mit dunkler Vergangenheit bereuten Ihre Schuld und wurden fröhliche und rechtschaffene Kinder Gottes. Wenn es einen „Beweis“ dafür geben soll, daß Jesus wirklich lebt und durch die Kraft des Heiligen Geistes bei uns ist, dann ist dies der beste Beweis.

Vielleicht tun Sie sich schwer, diesen Weg des Glaubens an Jesus zu beschreiten. Aber Sie dürfen wissen: Große Freude erwartet jeden, der ihn geht. Nicht nur die Freude, daß wir ewig leben; denn ein ewiges Leben ohne Jesus wäre ewige Verdammnis. Nein, es ist die Freude darüber, daß wir durch den Glauben an Jesus schon hier und jetzt erlöst und geborgen sind. Für Christen hat die Ewigkeit schon begonnen, denn sie kennen schon in dieser Welt erfülltes Leben.

Und dieses Leben geht weiter: Durch Jesu Wunden geheilt, dürfen wir in der ewigen Herrlichkeit Gott den Vater schauen und in seiner Welt wohnen, von der uns am Ende der Bibel berichtet ist: "Siehe da, die Hütte Gottes bei den Menschen! Und er wird bei ihnen wohnen, und sie werden sein Volk sein, und er selbst, Gott, wird mit ihnen sein. Und Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein; denn das Erste ist vergangen. Und der auf dem Thron saß, sprach: Siehe ich mache alles neu!" (Offenbarung 21,3-5).

*HERR, Du bist auferstanden.
Dein Grab ist wirklich leer.
Und weil Du auferstanden bist,
schreckt uns der Tod nicht mehr.
Wir werden ewig leben,
in Deinen Armen sein
und – ganz befreit von Schmerz und Leid –
uns ewig an Dir freuen.*

Lothar Gassmann

Hinweis: Ein Büchlein mit dem Titel „Ist Jesus auferstanden?“ (44 Seiten) mit zahlreichen Fakten zur Auferstehung Jesu Christi ist für 1,- Euro pro Exemplar beim Christlichen Kassettendienst (Tel. 07231-66529, Fax 07231-42 44 067) erhältlich. Das Büchlein eignet sich gut zum Weitergeben und Verteilen an fragende und suchende Menschen.

Thomas Zimmermanns

Staatlicher Druck auf Christen – auch in Deutschland?!

1. Teil

Einleitung

In dieser Untersuchung (abgedruckt in 3 Teilen) wird die brisante Frage erörtert, ob bibeltreue und bekennende Christen in Deutschland in absehbarer Zeit damit rechnen müssen, von staatlicher Seite oder durch gesellschaftliche Kräfte diffamiert oder gar verfolgt zu werden oder ob solche Befürchtungen als unbegründet und als bloße "Schwarzseherei" zu bewerten sind.

Die meisten Christen werden angesichts der Tatsache, daß die Bürger der Bundesrepublik Deutschland nun schon seit über 50 Jahren in einem Rechtsstaat leben, in dem Glaubens- und Gewissensfreiheit grundgesetzlich geschützt sind und in dem die christlichen Kirchen immer noch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Politik ausüben, klar von Letzterem ausgehen. Sie werden vermutlich der Meinung sein, daß die bibeltreuen Christen in unserem Land auch weiterhin unter dem Schutz unserer Rechtsordnung ihrem Verkündigungsauftrag nachgehen sowie diakonisches, evangelistisches und auch politisches Wirken ungehindert ausüben können und daß die Bürger unseres Landes aller Voraussicht nach noch für lange Zeit in Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand leben können.

Wie kann in Anbetracht dessen überhaupt die Vorstellung aufkommen, daß mit einer öffentlichen Diffamierung oder gar Verfolgung der Christen in Deutschland zu rechnen, ja daß eine solche schon seit längerer Zeit im Gange sei? Wie läßt sich etwa folgendes Urteil von Henk Medema, einem holländischen Christen, Juristen und Buchautor, rechtfertigen, wenn er schreibt:

"Der Kern der Prophetie liegt in... Jesus. In Ihm liegt das Geheimnis der Weltgeschichte beschlossen. Wer dieses Geheimnis nicht kennt, könnte

meinen, wir werden bald in ein neues Jahrtausend eintreten, in dem wieder zehn Jahrhunderte an Menschheitsgeschichte vor uns liegen. Dem ist nicht so: Die Geschichte geht ihrer Vollendung entgegen... Was sich gerade in Europa ereignet, läßt uns sehen, daß die letzten Blätter des Buches der Geschichte bald durch eine göttliche Hand umgeschlagen werden. Es werden schwarze Seiten sein. Aber der Friedefürst kommt, und sein Reich wird das Gesicht der Erde verändern".¹

A. Die gegenwärtige Situation

1. Die Zurückdrängung christlicher Grundwerte in Staat, Gesellschaft und Kirchen

Beruhete unsere Rechtsordnung in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik noch weitgehend auf christlichen Normen und Grundwerten, so ist dies seit der Durchbrechung des Tötungsverbot durch die Abtreibungsgesetzgebung der Jahre 1974/76, spätestens aber seit der vom Bundestag in den Jahren 1992 und 1995 verabschiedeten Fristenregelung und dem Urteil des BVerfG vom 28.05.1993, das diese Gesetzgebung im wesentlichen faktisch bestätigte,² nicht mehr der Fall. Das 5. Gebot ("Du sollst nicht morden") wird seitdem unter Berufung auf das "Selbstbestimmungsrecht der Frau" und demnächst wahrscheinlich auch auf das "Recht auf menschenwürdiges Sterben" außer Kraft gesetzt.³

Als weitere aktuelle gesellschaftspolitische Tendenzen wären unter anderem der zunehmend propagierte Glaube an eine weitgehende Friedensfähigkeit der Menschen, an eine in Frieden, Harmonie und Toleranz lebende weltweite Menschheitsgemeinschaft sowie eine

¹ Henk P. Medema, Europa – Der Alptraum von einem Supermarkt, dt. 1992, S.15 f.

² Nach Ansicht des BVerfG darf eine Abtreibung vom Gesetzgeber auch dann für straffrei erklärt werden, wenn keinerlei „Indikation“ vorliegt; kommt das ungeborene Kind voraussichtlich behindert zur Welt, so soll seine Tötung sogar unter dem Gesichtspunkt der „medizinisch-sozialen Indikation“ (§ 218 a Abs. 2 StGB) rechtmäßig sein! Vergl. dazu näher Tröndle/Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, 49. Aufl. 1999, § 218 a StGB, Rn 9 a.

³ Zur Auflösung unserer rechtsstaatlichen Ordnung vergl. auch Rechtsstaat Bundesrepublik – wohin, CSL-Schriftenreihe Christsein in Politik und Gesellschaft, 1993, insbes. S. 3-16.

immer extremer und grotesker werdende Gleichheitsideologie⁴ zu nennen. Selbst der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte anlässlich des Kinderfestes des Bundeskanzlers im Juni 1993, daß alle Menschen "Brüder und Schwestern" seien. Bis Mitte der 80er Jahre wären solche Worte von einem christdemokratischen Politiker noch undenkbar gewesen.

Was noch viel erschreckender ist, ist die Tatsache, daß diese Tendenzen auch vor den christlichen Kirchen nicht Halt machen. Es sei hier nur an den Beschluss der Synode der Evangelischen Kirche in Bayern im April 1991 in Rosenheim erinnert, wo mit deutlicher Mehrheit Straffreiheit für Abtreibungen und damit de facto die Abschaffung des § 218 StGB gefordert wurde. Wörtlich heißt es in dem Beschluss: "In Konfliktsituationen kann die letzte Entscheidung der betroffenen Frau von niemandem abgenommen werden".⁵

In die gleiche Richtung zielen die in allen Landeskirchen vorhandenen starken Bestrebungen zur Anerkennung und Segnung nichtehelicher und homosexueller Gemeinschaften. Diese haben bislang (Anfang 2004) bereits dazu geführt, daß in sieben der Ev. Landeskirchen in Deutschland (darunter Rheinland, Hessen-Nassau und Berlin-Brandenburg) die Segnung homosexueller Paare möglich ist und homosexuelle Pfarrer mit ihrem Partner im Pfarrhaus leben dürfen. Die mehr oder weniger starken Proteste bibeltreuer Christen blieben in all diesen Fällen vergeblich.

2. Zunehmende Diffamierung bekennender Christen

Mit diesen Tendenzen einher gehend ist schon jetzt eine immer stärker werdende Diffamierung bekennender Christen sowie politischer und gesellschaftlicher Vereinigungen festzustellen, die die oben dargestellten Entwicklungen ablehnen und sich ihnen entgegenstellen. Es seien hier eine Anzahl charakteristischer Beispiele angeführt:

⁴ Man denke nur an die angestrebte Quotenregelung im öffentlichen Dienst, bei der Vergabe von Partei- oder gar kirchlichen Ämtern usw. oder an den „Frauenstreiktag“ im März 1994.

⁵ Vergl. dazu den Kommentar von Helmut Matthies in Idea Spektrum 17/91, S.1 ff.

Bereits im Jahre 1986 stellte die saarländische Landesregierung einen Antrag bei der Bundesprüfstelle, eine Anti-Abtreibungsbroschüre der Europäischen Ärzteaktion als "jugendgefährdend" indizieren zu lassen. Begründet wurde der Antrag damit, daß die "die Menschenwürde gefährdenden brutalen Darstellungen" des Blattes nicht geeignet seien, um Kindern und Jugendlichen das "zweifelloso große gesellschaftliche Problem der Abtreibung als wertfreie Information zu vermitteln". Kurz vor dem Verhandlungstermin zog das Ministerium seinen Antrag jedoch wieder zurück;⁶ offensichtlich war die Zeit noch nicht reif.

Im Vorfeld einer Jugendevangelisation der Evangelischen Allianz in Marburg (1987) wurden Einladungsplakate der Allianz mit diffamierenden Texten überklebt, in denen völlig der Wahrheit zuwider u.a. behauptet wurde, die Ev. Allianz bejahe die Unterdrückung der Schwarzen und ihre Diskriminierung als "minderwertige Rasse".⁷

In einem Memorandum der Schulreferenten der Ev. Kirche im Rheinland aus dem Jahre 1987 wurde eine historische Parallele zwischen den Bestrebungen des evangelikal orientierten Christlichen Schulvereins, dessen Ziel die Gründung christlicher Privatschulen ist, und der "nationalsozialistischen Schule" gezogen. Auch hieß es in dem Memorandum, diese Schulen seien "nicht das, was sie zu sein vorgeben: evangelisch".⁸

Das Evangelische Missionswerk (EMW) warf konservativen und evangelikalsten Christen u.a. "Götzendienst, Irrlehre, Abfall vom Glauben, Heuchelei und Gotteslästerung" vor, da sie auf Seiten der Reichen und Mächtigen ständen.⁹

Der Christlichen Studenten-Liste (CSL), einer christlich orientierten politischen Hochschulgruppe, wurde seitens des CDU-nahen RCDS im Jahre 1990 u.a. vorgeworfen, sie speise sich aus einem "Sumpfspektiererischer Fundamentalisten" und ihre "tiefstmittelalterlichen

⁶ Idea Spektrum 11/87, S.11.

⁷ Idea Spektrum 23/87, S.21.

⁸ Idea Spektrum 24/87, S.8.

⁹ Idea Spektrum 31-32/89, S.4.

Ideologien" sprächen "allen Vorstellungen von Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit Hohn". Die SPD-nahe Juso-Hochschulgruppe äußerte ein Jahr später über die CSL, sie sei "eine fundamentalistische Sekte", die das Christentum durch eine "offen menschenverachtende Ideologie ersetzt und pervertiert" habe.¹⁰

Die Warnungen der Christlichen Mitte, einer christlichen (überwiegend katholisch geprägten) Kleinpartei, vor der Ausbreitung des Islam in Deutschland und Europa und die Verteilung des Flugblattes "Wollen Sie ein islamisches Deutschland?" wurde von einer baden-württembergischen SPD-Landtagsabgeordneten als "Volksverhetzung" und als "verabscheuungswürdige Aktion" bezeichnet.¹¹

Ein weiteres Beispiel ist im Hinblick auf Maßnahmen, die bibeltreuen Gemeinden und Vereinigungen in naher Zukunft bevorstehen könnten, besonders aufschlussreich: Die stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises "Gleichstellung von Mann und Frau" der SPD, Edith Niehuis, äußerte im Zusammenhang mit der Ablehnung der Frauenordination durch den damaligen Bischof der Ev. Kirche in Schaumburg-Lippe, Joachim Heubach, die Auffassung, daß die Ablehnung der Frauenordination eine Verletzung des Grundrechts auf Gleichberechtigung und damit eine Verletzung des Grundgesetzes bedeute. An die Bundesregierung richtete sie die Frage, ob der Kirchensteuereinzug für diese Landeskirche noch zulässig sei.¹²

Nicht zuletzt sei in diesem Zusammenhang auf die Angriffe des damaligen schauburg-lippischen Landessuperintendenten Ako Haarbeck auf Evangelikale (Evangelisch-Konservative) hingewiesen. Haarbeck hatte im Herbst 1993 geäußert, "geistiger Kampf" sei geboten, um "Fundamentalisten" "aus der engen Zitadelle ihrer vermeintlich zerreißfesten Weltanschauung herauszuführen und sie daran zu hindern, daß sie orientierungslose und geborgenheitssüchtige Zeitgenossen in ihre Glaubensbunker locken". Nicht akzeptabel

¹⁰ In: Kein Kommentar (Zeitschrift der Juso-Hochschulgruppe), 9/91, S.3.

¹¹ KURIER der Christlichen Mitte, 8/93, S.4

¹² Vergl. dazu Idea Spektrum 24/89, S.26 und 26/89, S.8. Seit Längerem ist jedoch auch in Schaumburg-Lippe die Gleichberechtigung hergestellt: Nach dem Rücktritt von Bischof Heubach entschied die lippische Landessynode am 05.10.1991 mit großer Mehrheit für die Frauenordination; vergl. dazu Idea-Dokumentation Nr. 28/91 „Pro und contra Frauenordination“.

sei es ferner, wenn Fundamentalisten unter Berufung auf die Bibel "das offene Gespräch über problematische Gegebenheiten – und sei es die Homosexualität oder der sogenannte Feminismus – als von vornherein gottlos diskreditieren".¹³ Die Angriffe Haarbecks sind um so bemerkenswerter, als er selbst in mancherlei Hinsicht dem evangelikalen Lager zugerechnet wurde.

Der damalige hessen-nassauische Kirchenpräsident Steinacker äußerte in einem "Lagebericht" vor der Landessynode im März 1995 ähnliche Werturteile über die "Fundamentalisten", die "unbeirrbar an bestimmten Werten festhalten und andere Christen verteufeln, die einen kirchlichen Pluralismus vertreten". Fundamentalisten seien "keine modernen Urchristen, sondern moderne Ideologen".¹⁴ Man wird wohl nicht fehl in der Annahme gehen, wenn man zu dem Schluß gelangt, daß solche Auffassungen nicht nur von den beiden genannten Kirchenrepräsentanten vertreten werden, sondern beinahe einen allgemeinen Konsens innerhalb der leitenden Gremien und Organe der EKD und ihrer Gliedkirchen darstellen.

Im April 1994 wurde der seit 1948 erscheinende katholische Jugendkalender "KOMM-MIT" in einer Fernsehsendung des SWF als "rechtsextremistisch" verunglimpft. Begründet wurde dies u.a. damit, daß in dem Kalender für 1994 das Deutschlandlied in allen drei Strophen abgedruckt wurde und daß Deutschland in den Grenzen von 1937 gezeigt wurde. Zahlreiche andere Medien – u.a. die meisten Tageszeitungen – schlossen sich dieser vom SWF losgetretenen Diffamierungskampagne an, woraufhin sich auch die Katholische Bischofskonferenz von dem KOMM-MIT-Kalender distanzierte (wenn auch unter Protest von Erzbischof Dyba und einer Reihe weiterer Bischöfe).

¹³ Idea Spektrum 45/93, S.11.

¹⁴ Idea Spektrum 13/95, S.9.

3. Gewalt gegen Christen

Seit geraumer Zeit schrecken bestimmte Gruppen selbst vor Gewalt gegen bibeltreue Christen nicht mehr zurück.

Bei Kirchentagen ist Gewalt gegen Andersdenkende schon seit langem keine Seltenheit mehr; bereits auf dem Kirchentag in Stuttgart 1969 war Prof. Georg Huntemann (Pfarrer in Bremen und Dozent an der FETA/STH Basel) durch Lärm und Zwischenrufe zum Abbruch seines Vortrags gezwungen worden und die gewaltsamen Aktionen von Linksradikalen gegen die IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) auf den Kirchentagen in Frankfurt 1987 und vor allem Berlin 1989 sind Vielen noch gut in Erinnerung.

Aber auch bei sonstigen öffentlichen Veranstaltungen häuften sich Fälle von Gewalt gegen mißliebige christliche Veranstalter. So sah sich die Evangelische Notgemeinschaft veranlasst, ihre Herbststudententagung im Oktober 1993 von Braunschweig nach Hannover zu verlegen, weil in Braunschweig ein "Antifaschistisches Bündnis" dazu aufgerufen hatte, die Tagung zu "verhindern".¹⁵

B. Die weitere politische Entwicklung

Auf Grund der gegebenen Tatsachen ist damit zu rechnen, daß sich die zuvor dargestellten Entwicklungen und Tendenzen in den kommenden Jahren in verstärkter Form fortsetzen werden. Dies soll im Folgenden näher erläutert werden:

1. Die weitere Entwicklung auf gesellschafts- und allgemeinpolitischem Gebiet

Bei den Bundestagswahlen im Herbst 1998 kam es zu einem Regierungswechsel, der den SPD-Politiker Gerhard Schröder, gestützt auf eine rot-grüne Mehrheit im Bundestag, an die Regierung brachte. Hierdurch konnte eine Reihe vor allem innen- und gesellschaftspoli-

¹⁵ Vergl. dazu die Dokumentation in „Erneuerung und Abwehr“, Dez. 1993, S.13-29.
E+A 2/04

tischer Ziele der politischen Linken verwirklicht werden. Hierzu zählen u.a. die noch weiter gehende Förderung und Erleichterung der Abtreibung, die weitgehende Gleichstellung homosexueller und sonstiger nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit der Ehe, die bedeutende Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft sowie zahlreiche feministische Forderungen.

Hierbei wäre an erster Stelle das Lebenspartnerschaftsgesetz zu nennen, das im November 2000 vom Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet wurde und eine weitgehende Gleichstellung homosexueller Gemeinschaften mit der Ehe auf fast allen Rechtsgebieten vorsieht. Darüber hinaus wäre hier die schärfere Bekämpfung von Sekten und christlichen "Fundamentalisten" zu nennen. Ebenso wird darauf hingearbeitet, daß die Stellung des Islam und der in Deutschland lebenden Moslems wesentlich gestärkt wird, etwa durch staatliche und kirchliche Förderung des Baues von Moscheen, der Zulassung islamischen Religionsunterrichts an den Schulen usw. An dieser Tendenz ändert auch nichts die Tatsache, daß gewaltbereite und extremistische Moslems seit einigen Jahren zunehmend mit strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Maßnahmen zu rechnen haben.

Über diese Entwicklung dürfen wir uns auch durch immer noch zu hörende Bekenntnisse einzelner Politiker zu "christlichen Grundwerten", zu "Ehe und Familie", zur "Durchsetzung von Recht und Ordnung" usw. nicht hinwegtäuschen lassen. Selbst so weit solche Äußerungen ehrlich gemeint sind, würden sie angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen doch nicht viel ändern können.

Bereits unter der noch amtierenden CDU/FDP-Regierung zeichnete Bundespräsident Roman Herzog die bekennende Lesbierin und Vorkämpferin der Homosexualität in der ev. Kirche, Herta Leistner, mit dem Bundesverdienstkreuz aus, ebenfalls ungeachtet heftiger Proteste zahlreicher Christen.¹⁶

¹⁶ Vergl. dazu etwa Idea Spektrum 49/96, S.7; AUFBRUCH (Mitglieder- und Freundesbrief des EAD), Dez. 1996, S.6.

2. Die Entwicklung innerhalb der gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen

Die genannten Zielsetzungen werden auch von fast allen gesellschaftlich relevanten Gruppen und Institutionen, wie z.B. Medien, Schulen, Universitäten, Künstler, Schriftsteller und Gewerkschaften, vertreten. Auch zahlreiche Vereine und Verbände sind schon seit einigen Jahren Vorreiter der Durchsetzung einer Vielzahl der oben genannten Ziele, wie z.B. der Anerkennung homosexueller Partnerschaften, der Freigabe der Abtreibung usw. Solche Vereine sind inzwischen auch bereits von Regierung und Parteien anerkannt und werden vielfach sogar mit staatlichen Mitteln unterstützt. Daneben ist eine zunehmende "Vernetzung" zwischen feministischen, homosexuellen und "antifaschistischen" Gruppen festzustellen.

Besonders auffällig ist diese Haltung bei den großen Medien, insbesondere bei Rundfunk und Fernsehen. Dies zeigte sich z.B. deutlich in der Fernseh-, Rundfunk- und Presseberichterstattung über die Kontroverse um das neue Abtreibungsrecht für das wiedervereinigte Deutschland in den Jahren 1990 bis 1993, in der die Medien nicht nur offen und eindeutig auf Seiten der Fristenregelung und deren Verfechter standen, sondern auch Vereinigungen und Kundgebungen, die sich gegen die Freigabe der Abtreibung wandten, häufig in unsachlich-abwertender und z.T. sogar grob diffamierender Form darstellten. Zum Teil wurden Anti-Abtreibungsveranstaltungen auch systematisch totgeschwiegen, wie z.B. die Veranstaltung am 10.11.1990 in Bonn mit über 5.000 Teilnehmern, bei der an Bundesfamilienministerin Dr. Lehr etwa 335.000 Unterschriften gegen die Fristenregelung sowie gegen die Zulassung der Abtreibungspille RU 486 übergeben wurden.

Bedeutsam ist ferner, daß eine Reihe großer Tageszeitungen, die vor etwa 20 Jahren noch entschieden gegen Abtreibung und für den strafrechtlichen Lebensschutz eintraten, ihre Tendenz geändert haben und jetzt in mehr oder weniger eindeutiger Form auf Seiten der Fristenregelung stehen (so z.B. die BILD-Zeitung oder die Kölnische Rundschau). Zugleich werden Abtreibungsgegner als „militant“ diffamiert, die von ihnen abgegebenen Werturteile als „Beschimpfun-

gen“ bewertet und sie auf eine Stufe mit vereinzelt gewaltbereiten Abtreibungsgegnern in den USA gestellt.

Auch wurde verschiedentlich versucht, Anti-Abtreibungsveranstaltungen mit Gewalt zu verhindern. So konnte die "Frauenkette gegen Abtreibung" am 07.03.1992 in Bonn nur unter Polizeischutz stattfinden, und an der Universität Köln wurde mehrmals versucht (Juli 1991 und Januar 1992), Veranstaltungen von Abtreibungsgegnern mit Lärm und Gewalt zu sprengen und zu verhindern. Das Schlimme und für die gegenwärtige Situation von Staat und Gesellschaft Aufschlußreiche ist dabei, daß gegen *diese* Gewalt so gut wie keine öffentlichen Proteste von Politikern, Medien und Kirchen zu hören sind. Man stelle sich demgegenüber einmal vor, eine Veranstaltung, die über Ausländerfeindlichkeit informiert, würde von Rechtsradikalen gewaltsam gestört werden!

Diese Entwicklungen haben weitgehend dahin geführt, daß öffentliche Veranstaltungen gegen die Straflosigkeit der Abtreibung oder gegen sonstige Bestrebungen des Zeitgeistes kaum noch stattfinden.

3. Die Entwicklung in den christlichen Kirchen

Die Haltung der katholischen Kirche zu den dargestellten politischen und ethischen Tendenzen dürfte sich wohl auch in den nächsten Jahren weiterhin ambivalent entwickeln.

Auf der einen Seite wird die katholische Kirche wohl weiterhin Abtreibung und Homosexualität ablehnen, wobei der Widerstand allerdings verglichen mit den 70er Jahren schon jetzt deutlich schwächer geworden ist. Dies zeigte sich z.B. an der Zustimmung der kath. Bischofskonferenz zum Urteil des BVerfG von 1993 zur Neuregelung des Abtreibungsrechts sowie an der Praxis der meisten Diözesen und katholischen Beratungsstellen, auch weiterhin Beratungsscheine, die eine straflose Abtreibung ermöglichen, auszustellen. Lediglich eine Minderheit – bis zu dessen Tod im Sommer 2000 unter Führung von Erzbischof Johannes Dyba von Fulda – leistet in diesen und anderen Fragen weiterhin entschiedenen Widerstand. Auf Grund der entschiedenen Haltung des Papstes werden von ka-

tholischen Beratungsstellen seit einigen Jahren allerdings keine Beratungsscheine mehr ausgestellt. Jedoch gibt es seitdem die vor allem von katholischen Laien getragene Beratungsstelle „Donum Vitae“, die dies weiterhin tut und damit die Weisungen des Papstes unterläuft.

Auf der anderen Seite ist innerhalb der katholischen Kirche mit einer Verstärkung der Tendenz zur Öffnung für nichtchristliche Religionen und interreligiöse Aktivitäten zu rechnen, die mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) ihren Anfang nahm und im Weltfriedensgebet Papst Johannes Paul II. in Assisi mit Repräsentanten verschiedener nichtchristlicher Religionen (Oktober 1986) ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Auch das Ziel eines Zusammenschlusses aller christlichen Kirchen unter Führung des Papstes wird mit unverminderter Energie weiter verfolgt und stößt vor allem in Deutschland immer mehr auf Zustimmung evangelischer (und evangelikaler!; LG) Kirchenleiter und -lehrer. Hinzu kommt eine schon seit langem vorhandene relativ große Offenheit der katholischen Kirche für die Idee einer Menschheitsgemeinschaft sowie ihre große Sympathie für ein – allerdings als „christliches Europa“ verstandenes und gewolltes – vereintes Europa.¹⁷

In der Evangelischen Landeskirche ist der Trend wesentlich offensichtlicher und eindeutiger. Genannt wurde bereits die ethische Anerkennung der Homosexualität als einer Schöpfungsvariante und die Synodenbeschlüsse, wonach homosexuelle Paare kirchlich gesegnet werden können. Ebenso wird die Tendenz, der Frau ein Verfügungsrecht über das ungeborene Leben zuzuerkennen, noch mehr zunehmen, nicht zuletzt auch dank des ungebrochenen Vormarschs der feministischen Theologie, für die sich sogar der frühere württembergische Landesbischof Eberhardt Renz aufgeschlossen zeigte.¹⁸ Auch die Nominierung von zwei Feministinnen, darunter einer Lesbierin, als Leiterinnen des vor über zehn Jahren neu gegründeten Frauenbildungszentrums durch den Rat der EKD (das Leitungsgremium der EKD-Synode) im Februar 1993 weist in diese Richtung,

¹⁷ Siehe ausführlich hierzu das soeben erschienene Buch von Erich Brüning: DER FREMDE AGENT. Freimaurerei, Vatikan und die Evangelikalen (vgl. die Rezension auf S. 62f.) Siehe auch die "Letzte Meldung" auf S. 67 (LG).

¹⁸ Vergl. Idea Spektrum 8/94, S.11 und 10/94, S.5.

ebenso das hartnäckige Festhalten der Kirchenleitung an dieser mit nur einer Stimme Mehrheit getroffenen Entscheidung ungeachtet der – damals noch – zahlreichen Proteste. Es ist davon auszugehen, daß die innerhalb der EKD noch vorhandenen Reste bibeltreuer Theologie zumindest im Bereich der Frauenarbeit durch die feministische Theologie restlos ausgeschaltet und verdrängt wurden.

Ferner wird sich die Tendenz zum Synkretismus (Religionsvermischung), insbesondere zur Anerkennung des Islam als „eine dem Christentum gleichwertige Erlösungsreligion“ noch weiter fortsetzen. Bibeltreue Lehre und Verkündigung werden hingegen, vor allem wenn sie mit Kritik an dem theologischen Kurs der kirchenleitenden Organe verbunden sind, immer stärker als "fundamentalistisch", "menschenverachtend" und "frauenfeindlich" ausgegrenzt und bekämpft werden. Bibeltreue Pfarrer und Presbyter werden noch mehr als bisher mit Abberufungen und sonstigen Maßregelungen rechnen müssen, falls sie an solchen Überzeugungen festhalten.

Man wird insgesamt seit Längerem sogar sagen müssen, daß zumindest die Evangelische Kirche die Bestrebungen des Zeitgeistes nicht nur toleriert, sondern sogar zu deren Motor und Vorreiter geworden ist (vgl. E+A 1/2004, S. 10-30).

Fortsetzung im nächsten Heft:

Standpunkte, die nicht mehr toleriert werden.

Deutsche Evangelische Allianz bereitet Selbstverpflichtung zur Einheit vor

Von April bis Juli 2004 soll in acht deutschen Großstädten unter der Überschrift „**EINS. Aufbruch zur Einheit**“ eine „Impulstour“ der Deutschen Evangelischen Allianz stattfinden. Hierzu sagt Allianz-Referent Rudolf Westerheide in der ERF-Zeitschrift „Antenne“ Nr. 1/2004, S. 7: „Die Zeit ist reif für ein neues Niveau der Einheit. Dazu wird die **Selbstverpflichtung zur gegenseitigen Achtung und Kooperation** beitragen, die wir mit der Tour ins Land geben ...“. – *Sollen nun auch diejenigen Christen zur Einheit verpflichtet werden, die allein an der Bibel festhalten und keine organisierte „Einheit um jeden Preis“ wollen?*

LG

Armin Boyens

Die vergessenen Märtyrer

Der Ökumenische Rat der Kirchen – auf dem linken Auge blind

Zwischen Juli 1989 und März 1990 hatte sich die Welt stärker verändert als je zuvor in der 40jährigen Geschichte des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) bzw. Weltkirchenrates: nämlich durch den Fall der Mauer und den Zusammenbruch des «real existierenden Sozialismus» in der DDR, durch das Ende des sowjetisch kontrollierten Sozialismus in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei, in Bulgarien und Rumänien. Ein Sturm der Freiheit brauste über den Ostblock. Freie Wahlen, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit begannen Wirklichkeit zu werden. Der Ausbruch aus jahrzehntelanger sowjetischer Unterdrückung und Tyrannei marxistisch-leninistischer Ideologie hinein in die Freiheit rechtsstaatlicher Demokratie entfaltete eine ungeheure Dynamik. Die Sowjetunion zerfiel.

Die Frage ist, wie auf dieses Freiheitsstreben in Osteuropa der Generalsekretär des ÖRK reagierte, der sonst bekanntlich für Freiheitsbewegungen – in Afrika und Südamerika – sehr aufgeschlossen gewesen war. Die Vorbereitungsdokumente für die Delegierten der Weltkonvokation von Seoul (5.–12. März 1990; Thema: «Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung») waren Ende 1989 noch nicht verschickt. Es wäre, wenn auch unter einem gewissen Zeitdruck, möglich gewesen, in diesen Vorbereitungsdokumenten auf die gewaltigen sozialen und politischen Umwälzungen einzugehen, wie sie sich im Aufbruch der Völker Osteuropas in die Freiheit manifestierten. Die dann im Januar 1990 erschienenen Vorbereitungsdokumente des ÖRK-Stabes enthalten aber keinerlei Bezug zu den politischen Ereignissen der letzten Monate des Jahres 1989. Die Verfasser wiederholten nur alte Positionen der Vollversammlung von Vancouver 1983. Für die Gegenwart schienen sie blind, taub und stumm geworden zu sein.

Dabei war aber noch etwas anderes im Spiel. Die Wahrheit über den Zusammenbruch des Sozialismus paßte nicht in das Weltbild, das man im ÖRK bisher liebevoll gepflegt hatte. Generalsekretär Emilio Castro hatte den ÖRK auf der Weltkonvokation von Seoul auf eine Linie festgelegt: Weil das angestrebte neue Gesellschaftsmodell sozialistisch zu sein hatte, verschloß der Stab des ÖRK die Augen vor dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa. Eine Beschäftigung mit den großen politischen Umwälzungen vom Herbst 1989 konnte die Diskussionen nur stören.

Ernüchterung ohne Umkehr

Was hatte nun die Vollversammlung des ÖRK in Canberra 1991 zum Zusammenbruch des Kommunismus, diesem weltgeschichtlichen Ereignis, zu sagen? Der Begriff «Marxismus» kommt nur einmal im Bericht der Vollversammlung vor. Unter der Überschrift «Dialog mit Weltanschauungen» heißt es: «Im Marxismus sah man lange einen möglichen Gesprächspartner für das Christentum. Jetzt stehen wir dem Zusammenbruch dieses Systems gegenüber.» Wie konnten Kirchenführer sich so irren, daß sie in einer die Kirche mit allen Mitteln bekämpfenden Ideologie meinten, einen Gesprächspartner sehen zu können? Keine Antwort. Und auch Fragen nach den Gründen des Zusammenbruchs des Marxismus wurden nicht gestellt.

Generalsekretär Emilio Castro sprach in seinem Bericht mit Blick auf den Herbst 1989 von «umwälzenden Veränderungen» und erläuterte kurz: «Ideologien sind zusammengebrochen, und Schranken sind niedergerissen worden. Ein Sturm von Veränderungen hat Osteuropa und Südafrika ergriffen.» Aber sogleich schränkte er wieder ein: «Das Ende des Kalten Krieges hat jedenfalls keine Ära des Friedens eingeleitet.» Auch bei ihm findet sich kein Wort darüber, warum die sozialistische Ideologie zusammengebrochen sein könnte. Der Vorsitzende des Zentralausschusses, Bischof Held, hat rückblickend einmal festgestellt: «Es leidet keinen Zweifel, daß es im ÖRK an einer ideologiekritischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gemangelt hat, sowohl in der Zeit des Kalten Krieges als auch danach. Das ist ein Versäumnis.»

Freie Marktwirtschaft als Feindbild

Aufschlußreich war das Thema, dem sich der Generalsekretär in seinem Bericht besonders zuwandte: Die Erörterung eines neuen Gesellschaftsmodells. Er folgte dabei einem damals in bestimmten Kreisen beliebten Gedankengang. Um vom Zusammenbruch der Ideologie des Sozialismus abzulenken, wurde das Negativbild einer «Ideologie» der Marktwirtschaft aufgebaut. Daß es das Modell der sozialen Marktwirtschaft gab, das in der Bundesrepublik Deutschland immerhin schon seit über 40 Jahren praktiziert wurde – und nicht ohne Erfolg –, schien Emilio Castro nicht zu kümmern. Er benötigte ein neues Feindbild und fand es: im «System der Marktwirtschaft» bzw. in der «Marktwirtschaft als Ideologie... als tyrannische Macht, die die Menschen daran hindert, an ethischen und politischen Entscheidungen uneingeschränkt mitzuwirken». Er sah in ihr «Habgier, Arroganz und die moralische Selbstrechtfertigung der Nutznießer des derzeitigen Weltwirtschaftssystems» am Werke. «Hier haben wir es mit kollektiver Sünde zu tun, für die wir zur Buße gerufen sind!» – An dieser Stelle plötzlich benutzte Castro das Wort, das er auf der letzten Zentralauschußsitzung, 1990 in Genf – mit Bezug auf eigene Versäumnisse! – unpassend gefunden hatte.

Märtyrer unter dem Sozialismus werden totgeschwiegen

Auffallend ist, daß im Bericht des Generalsekretärs kein Wort der Freude darüber auftaucht, daß die Zeit der Kirchenverfolgung im Sowjetkommunismus zu Ende war, daß sich die Tore der Gefängnisse und Arbeitslager für zu Unrecht verurteilte Christen geöffnet hatten. Nirgends eine Erwähnung der Glaubenszeugen – Märtyrer und Bekenner –, die mit dem Verlust ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und ihres Leben für ihr Bekenntnis zu Christus bezahlt hatten. Kein Wort des Dankes für sie. Das Thema der Kirche und ihrer Märtyrer und Bekenner fehlt im Bericht des Generalsekretärs gänzlich.

An der Westfront der Westminster Abbey in London bestimmte man die Galerie über dem Portal für «christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts»: «Um eine Botschaft zu verkündigen, derer sich viel zu

wenige bewußt sind: Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert christlicher Märtyrerschaft. Der Preis christlichen Zeugnisses und die Zahl von Christen, die um ihres Glaubens willen zu sterben bereit sind..., war in diesem Jahrhundert höher als in jedem früheren Abschnitt der Kirchengeschichte», schreibt der Oxforder Professor Anthony Harvey. Und in St. Petersburg wurde Anfang 2002 ein in ökumenischer Zusammenarbeit erstelltes Martyrologion der Nordwestregion Rußlands veröffentlicht, das Kurzbiographien von mehr als 3000 Menschen verschiedener Bekenntnisse enthält, die um ihres Glaubens willen gelitten haben.

Wäre es nicht an der Zeit, daß sich auch der Ökumenische Rat der Kirchen der Märtyrer als eines ureigenen kirchlichen Themas – und damit gerade auch des Ökumenischen Rates – annehmen würde?

(Auszüge aus einem Artikel in Glaube in der 2. Welt (G2W) 2002)

Dr. theol Armin Boyens war 1961–1967 Exekutivsekretär des ÖRK. Mit seinen kritischen Publikationen zur Haltung des ÖRK gegenüber den Kirchen im Osten während des Kalten Krieges hat er heiße Diskussionen ausgelöst, die bis heute anhalten (vgl. z.B. G2W 9/2000, S. 22–26; 6/2002, S. 31).

Wer wird Präsident der USA?

John Kerry ist inzwischen sicherer Präsidentschaftskandidat der US-Demokraten. Kerrys väterliche Großeltern waren österreichische Einwanderer jüdischer Herkunft, die ihren Namen "Kohn" in "Kerry" änderten. Kerry ist geschieden und mit einer Milliardärswitwe wiederverheiratet. Die beiden Katholiken, die sich bei einer kath. Messe kennenlernten, treten leidenschaftlich für das "Recht" auf Abtreibung ein. Kerry lehnt im Gegensatz zum republikanischen Präsidenten Bush, einem ev. Abtreibungsgegner, einen Zusatz zur US-Verfassung ab, der die Ehe auf Mann und Frau beschränkt. Ev.-Konservative sind die wichtigste Wählergruppe der Republikaner, konfessionelle Katholiken die der Demokraten. UM

Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge in der DDR

Die rot-grüne Bundestagsmehrheit hat am 29. Januar 2004 die von der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Gesetzesentwürfe für eine Opferrente, die ehemaligen politischen DDR-Häftlingen gewährt werden sollte, abgelehnt. Mit tiefer Betroffenheit hat die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger politischer DDR-Häftlinge innerhalb der Evangelischen Kirche diese Entscheidung zur Kenntnis genommen. Tausende ehemalige politische DDR-Häftlinge erleben, dass die einstigen SED-Verfolgungsmaßnahmen bis heute ihren Alltag beeinträchtigen. Aufgrund beruflicher Diskriminierung in der DDR haben viele von ihnen nur sehr geringe Rentenansprüche. Aufgrund gesundheitlicher und psychischer Beeinträchtigungen sind viele arbeitslos. Sehr viel von ihnen, besonders in den neuen Bundesländern, leben nur von Sozialhilfe. Gleichzeitig werden ihre früheren Verfolger und ehemaligen SED-Kader von den bundesdeutschen Sozialkassen mit Leistungen aus den über 100 Sondersorgungseinrichtungen, die die SED ihren Repräsentanten gewährte, überdurchschnittlich honoriert.

Sowohl Bundespräsident Rau als auch der damalige Bundesratspräsident Böhmer haben in Ihren Reden anlässlich der Sondersitzung des Bundestages zum 50. Jahrestag des DDR-Volksaufstandes am 17. Juni 2003 auf diese Gerechtigkeitslücke aufmerksam gemacht und eine Abänderung gefordert.

Die Evangelische Kirche in Deutschland, wie auch die Katholische Kirche, haben auf Bitte unserer Arbeitsgemeinschaft die Problematik der Bundesregierung vorgetragen. Entweder war dieser kirchliche Einsatz nicht entschieden genug oder die Berliner Regierung wollte die Kirchen in dieser Frage bewusst brüskieren.

Die erneute Ablehnung der dringend nötigen und gerechten Versorgung für die teilweise in bitterer Armut lebenden SED-Opfer überführt alle Sonntagsreden der Regierungspolitiker, anlässlich der Jahrestage des Widerstandes gegen das DDR Unrecht, der Heuchelei.

Als Arbeitsgemeinschaft ehemaliger politischer DDR-Häftlinge innerhalb der Evangelischen Kirche fordern wir den Bundestag auf, seine Fehlentscheidung zu revidieren, und bitten die Kirchen wie auch den Herrn Bundespräsidenten, sich weiter für die Betroffenen einzusetzen.

Rainer Wagner

Vorsitzender des AG ehemaliger Politischer Häftlinge in der Evangelischen Kirche

Presseerklärung zum „Fall Hohmann“

Die konservative „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ kritisiert Stellungnahmen aus Politik und Kirche zum Fall „Hohmann“: Der selbstverständlich dringend notwendige Kampf gegen den Antisemitismus darf nicht dazu führen, daß man Martin Hohmann einfach ohne „saubere“ Definition des Begriffs Antisemitismus unterstellt, bei aller Fragwürdigkeit mancher Aussagen Hohmanns. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit darf nicht mittels neuer Vorurteile ausgehöhlt werden. Wenn der neue EKD-Ratsvorsitzende, Berlins Bischof Huber, Hohmann Antisemitismus „schlimmster Sorte“ vorwirft, verharmlost er geradezu den schlimmen Antisemitismus alter und neuer Nazis. Bischof Hubers Forderung an die CDU/CSU Fraktion, Hohmann auszuschließen, liegt außerhalb des Auftrages der Kirche und grenzt viele Protestanten aus. „Versöhnung statt Spaltung“ muß nun auch für Martin Hohmann und ev. Gegner seines Ausschlusses gelten. Linke ev. Kirchen müssen zur Bibel und den Bekenntnissen zurückfinden statt durch linke Politisierung noch mehr Mitglieder zu verlieren, nicht zuletzt an oft stark wachsende ev.- konservative Kirchen.

Ulrich Motte

Vorsitzender der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

*Zur Erinnerung: Der Fuldaer Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann wurde auf Betreiben seiner Parteichefin aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen, weil er in einer Ansprache Juden als „Tätervolk“ bezeichnet haben soll. Buchstäblich aber führte er aus: „**Verbindendes Element des Bolschewismus und des Nationalsozialismus war ... die Gottlosigkeit. Daher sind weder `die Deutschen` noch `die Juden` ein Tätervolk. Mit vollem Recht kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts.**“ Trotzdem blieb man unbeirrt dabei, dem praktizierenden Katholiken Antisemitismus in die Schuhe zu schieben – obwohl er Monate zuvor dem hohen Haus in der Hauptstadt öffentlich bezeugt hatte: „**Wer Israel segnet, der ist gesegnet.**“ Der Redner entschuldigte sich mehrmals für seine mißverständlichen Formulierungen, seiner Bitte um Nachsicht wurde aber nicht entsprochen – anders als bei Michel Friedman, Präsidiumsmitglied von „Christlich-Demokratischer Union“ und dem „Zentralrat der Juden in Deutschland“. Dem vermochten weder Drogenkonsum noch aufgesuchte Prostituierte die Karriere zu blockieren. Inzwischen wurde der Begriff „Tätervolk“ gar zum „Unwort des Jahres 2003“ gekürt, wobei profilierungsbedachte Sprachjongleure ihre Segel in den Wind des Zeitgeistes setzten.*

Klaus Schmidt

*Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland, **Pfarrer Reinhard Schön**, hat sich hinter Hohmann gestellt und bei der CDU ein Parteiausschlußverfahren gegen sich selbst beantragt. Red.*

Auf den **PUNKT** gebracht

KIRCHEN

Rheinland:

Mißachtung von Bibel und Bekenntnis

Die rheinische Synode hat Mitte Januar nach Schweizer „Vorbild“ entschieden: **Niemand darf vom Abendmahl ausgeschlossen werden.** Damit setzten sich die Synodalen der zweitgrößten Landeskirche Deutschlands bewußt über die geltenden Bekenntnisse hinweg, z.B. über die Schalkaldischen Artikel (ev.-luth.) und den Heidelberger Katechismus (ev.-ref.). Schon 1996 waren Artikel der Kirchenordnung gestrichen worden... n. IDEA-Sp. 5'04/14f.

◆ *Dieser Beschluß fegt den letzten Rest von „**Gemeindezucht**“ aus der Kirche. Die Synodalen haben sich nicht nur dreist über die Bekenntnisse hinweggesetzt, auf die sie bei ihrer Einführung verpflichtet worden sind, sondern auch über das Schriftprinzip, über die **Bibel** als alleinigen Maßstab. Diese bezeugt klar, daß Jesus Christus das Abendmahl nicht für Ungläubige einsetzte, sondern für die Jünger. Laut 1.Kor.11,27f. mahnt Paulus, sich zu prüfen, damit man sich nicht „zum Gericht“ esse und trinke.*

Mittlerweile geht es längst nicht mehr nur um eine „Öffnung des Abendmahls“, wie sie 1979 Prof. Ernst Käsemann auf dem Nürnberger Kirchentag propagierte, sondern um eine Öffnung für die

*künftigen ökumenischen Kirchentage, d.h. um ein **interreligiöses Ritual für die Ökumene der Religionen.** Paulus: „Fliehet den Götzen dienst!“ - 1.Kor.10,14. gku*

Nordelbien:

Vor 25 Jahren 50% mehr Mitglieder

Um fast ein Drittel - von 3,2 auf 2,2 Mio. - ist die Mitgliederzahl der nordelbischen Landeskirche geschrumpft, heißt es in Maria **Jepsens** Jahresbericht vor der Synode. Wie könne **Verantwortung** wahrgenommen werden, wenn Bischöfinnen und Bischof keine Weisungsbefugnis hätten?

Laut Pfr. Winrich **Scheffbuch** (Hilfe für Brüder) erlebt das Christentum außerhalb Europas einen **rasanten Aufschwung.** Die Evangelikalen in Südamerika z.B. wachsen um jährlich 7%. In Indonesien, dem volkreichsten muslimischen Staat der Welt, ist die Zahl der Evangelikalen in 40 Jahren von 1 Mio. auf 11 Mio. gestiegen. Im hinduistischen Nepal gab es 1962 nur 29 Christen, heute rd. 500.000 - trotz des Verbots missionarischer Aktivitäten. n. IDEA-Sp. 7'04/7+6

Nordelbien:

Kirche in Moschee umwandeln

Lübeck, das stolze „Haupt der Hanse“, will im Jahre 2010 „Kultur-

hauptstadt“ werden. Auf einem Forum - „**Lübecks Weg zur Kulturhauptstadt 2010**“ meinte Propst Ralf **Meister**: „Eine Stadt, die es nicht schafft, ein tolerantes Miteinander der Religionen zu verwirklichen, darf nicht stolz auf ihre Kirchen sein.“ Der Schriftsteller Günter **Grass** münzte diese Aussage in den Vorschlag um: „Gäbe es nicht die Möglichkeit, **eine der Kirchen zur Moschee umzuwandeln**? Das wäre doch eine große Geste!“ Propst Meister: „Wir können es uns nicht mehr erlauben, solche Ideen abzulehnen.“ Er verwies auf die gesunkene Zahl der Gottesdienst-Besucher und auf die Baulasten, welche die Landeskirche nicht mehr tragen könne. „Lieber eine sakrale Nutzung durch eine benachbarte Religion als z.B. ein Fitneß-Studio.“ Vorrang hätten allerdings christliche Konfessionen. - Nur von einer griechisch-orthodoxen Gemeinde liegt eine Anfrage wegen eines Gottesdienst-Raumes vor.

Die Lübecker Bischöfin B. **Wartenberg-Potter** schließt die Möglichkeit einer Umwidmung nicht völlig aus, man müsse sie aber auf die solide Grundlage eines Dialogs stellen. Die Zusammenarbeit zwischen den Gläubigen der verschiedenen Religionen sei „dringend verbesserungswürdig“.

n. Lübecker Nachr., 6.II.'04/1f.+18

◆ „... Und nun soll der Ausverkauf der christlichen Kirche vorangetrieben werden durch Überlassung von Kirchen an die stärksten Feinde des Dreieinigen Gottes?“

Dr. Peter Hou in Lüb. Nachr. 11.II.

GEMEINDEN

Pfalz:

Netzwerk bekennender Christen

In Landstuhl bei Kaiserslautern bildeten am 31. Januar 2004 etwa 200 Christen ein „Netzwerk bekennender Christen“ - als Reaktion auf den Homo-Segnungsbeschluß der pfälzischen Synode. In einer Theologischen Erklärung diagnostiziert das „NbC“ eine „**theologische Verirrung und geistliche Erkrankung**“ der Kirche. Der Beschluß sei „ein „alarmierendes Symptom“ für gegensätzliche Bibelverständnisse. Bibeltreue Gruppen seien immer wieder in Nischen abgedrängt worden. Die Synode habe sich geweigert, eine Gegendarstellung mit 3700 Unterschriften auch nur entgegenzunehmen. Der Oberkirchenrat habe sich geweigert, ein Informationsblatt mit dem Synodenmaterial an die Gemeinden zu versenden. Mehreren Rednern zufolge führte der Homo-Beschluß zu zahlreichen „**Kirchenaustritten**“; weitere Verluste an Mitgliedern ließen sich nur verhindern, wenn die Landeskirche die **Heilige Schrift als alleinige Autorität** für Leben und Lehre anerkenne. - Dem Vertrauensrat des NbC gehören größtenteils Mitglieder des Arbeitskreises Bibel und Bekenntnis und des Ev. Gemeinschaftsverbandes Pfalz an. Das NbC will als Austausch-Forum für Evangelisation und Mission, Diakonie und Seelsorge dienen. Im **Pfälzischen Pfarrerblatt** wird das NbC mit den gängigen Parolen

angegriffen: die Mitglieder hielten sich für bessere Christen, pflegten einen autoritären Bibelkult, seien intolerant und unfähig zum Kompromiß. Der Vorstand des **Pfarrvereins** sieht gar die Befürworter der Segnung mit Deutschen Christen und Apartheid-Unterstützern gleichgestellt...

psp/kht / IDEA-Sp. 6'04/9

◆ „*Bibel und Bekenntnis*“ als oberste Richtschnur der Landeskirche stehen seit langem nur noch auf dem Papier. Es gibt weder in der Kirchenleitung noch in der Synode irgendwelche Anzeichen dafür, daß die bibelkritischen Theologen bereit wären, ihren Anspruch auf Alleinherrschaft (vor allem in der theologischen Aus- und Fortbildung) aufzugeben. gku

Pfalz: **Gemeinschaften werden Gemeinden**

Der Beschluß der pfälzischen Landessynode, „Segnungsgottesdienste“ für Homo-Paare zu erlauben, hat den **Südwestdeutschen Gemeinschaftsverband** veranlaßt, einen von der Landeskirche **unabhängigen Weg** zu gehen. Der Beschluß der Synode habe gezeigt, daß **die Bibel nicht mehr alleinige Quelle und oberste Richtschnur für die Landeskirche** sei, sagte Geschäftsführer **Otto Lang**, Haßloch. Die Prediger wurden von der Verbandsleitung bevollmächtigt, Taufen, Trauungen und Beerdigungen durchzuführen - ohne Absprache mit der Kirche. Damit führen Taufen nicht mehr automatisch zur Mit-

gliedschaft in der Landeskirche. Fünf der 25 Gemeinschaften haben sich inzwischen in **Ev. Christengemeinde** umbenannt. Die Landeskirche kündigte den 1994 mit dem Verband geschlossenen Vertrag. -

Dagegen will der **Ev. Gemeinschaftsverband Pfalz** - trotz seiner Kritik am Homo-Beschluß - die Ordnungen der Landeskirche respektieren... n. IDEA-Sp. 5'04/9

MISSION

Deutschland: **Missionsland**

Mit nur 4% „überzeugter“ Christen (und sicher noch weniger wiedergeborenen) ist Deutschland viel eher Missionsland als viele Länder der Dritten Welt. Die neuen Bundesländer gehören sogar zu den unkirchlichsten Gebieten der Welt. Dennoch engagieren sich evangelikale Christen eher in der Weltmission als in der Evangelisation im eigenen Land. Stattdessen sind immer mehr ausländische Missionare in Deutschland tätig, z.B. 778 aus den USA, 351 aus Süd-Korea. n. IDEA > Betanien-Nachrichten

**Geht hin
und machet zu Jüngern
alle Völker
(Jesus Christus).**

ÖKUMENISIERUNG

Sam Kobia, WKR:

Für interreligiösen Dialog

Sam **Kobia**, der neue Generalsekretär des Weltkirchenrats, will dem interreligiösen Dialog höchsten **Vorrang** einräumen. Er bietet den WKR als Plattform an. Der aus Kenia stammende methodistische Ökumeniker will auf ein **globales Symposium** über interreligiösen Dialog und Zusammenarbeit hinarbeiten. Den „**Fundamentalismus**“ bezeichnet er als Gefahr und Quelle für Gewalt und Konflikte. Dieses Phänomen gebe es nicht nur im Islam, sondern auch im Buddhismus, Hinduismus und Christentum.

Kobia begrüßt die „Vielfalt“ von **Bibelübersetzungen**. Sie fördere „ein plurales und ökumenisches Lesen der Bibel. Eine Vielfalt von Übersetzungen ist ein hervorragendes Mittel im **Kampf gegen religiösen Fundamentalismus**“.

Dem WKR gehören 342 evangelische, orthodoxe und anglikanische Kirchen an.

n. IDEA-Sp. 4'04/14 / 24'03/6 / ENI / way.of.life.org

Freimaurer unterwandern Kirchen

Laut Michael **Kraus**, Großmeister der Freimaurer-Großloge von Österreich gibt es in Deutschland „recht viele protestantische Geistliche, aber keine Rabbiner“, die Freimaurer sind. Auch verschiedene katholische „Würdenträger“ seien bis heute Logen-Mitglieder. Kraus

äußerte dies bei der Vorstellung des Buches „Gott ohne Kirche. Religion und Freimaurer“ des Freimaurers Peter **Stiegnitz**, der die „Befreiung der Religion von konfessionellen Entartungen“ als ein Ziel der Freimaurer bezeichnete. Nach anderer Quelle soll in Dänemark jeder 13. ev. Pfarrer den Maurern angehören.
n. Topic XII'03

Anglikaner: Auf dem Weg nach Rom

Ein katholisch-anglikanischer Ausschuß hat vorgeschlagen, den „**universellen Primat**“ des Papstes **anzuerkennen**. Im Februar 2004 hat die anglikanische Generalsynode den Vorschlag beraten.

Schon 1998 hatten Vertreter von 15 evangelischen Kommunitäten und Vereinigungen dem Papst brieflich mitgeteilt, daß sie ihn als Sprecher der Christenheit anerkennen. Die meisten anglikanischen Bischöfe lehnen jedoch den Vorschlag ab. Für den Synodalen Rev. David **Phillips** gibt es „überhaupt keine Art und Weise, wie wir mit der römisch-katholischen Kirche verbunden sein möchten“. Ihre Lehren seien teilweise „jetzt sogar schlimmer als zur Zeit der Reformation“.

u.a. n. kath.net

**Prüfet die Geister,
ob sie von Gott sind
(1. Joh. 4,1)**

WERTE-ZERSTÖRUNG

Klonen von Menschen: **Klon-Verbot verhindert**

Menschenkloning - als wissenschaftlicher Durchbruch gefeiert, als Verstoß gegen das christliche Menschenbild verworfen... Beim Klonen wird eine exakte Zell-Kopie hergestellt. Beim reproduktiven Klonen wird diese in die Gebärmutter eingepflanzt: ein identischer Mensch entsteht; beim sog. „therapeutischen“ Klonen wird die **Zell-Kopie vernichtet** zwecks Gewinnung von „Stammzellen“ für eine Forschung, von der heute niemand sagen kann, ob sie jemandem nützen wird.

Im deutschen Bundestag haben zahlreiche Oppositionspolitiker der Bundesregierung vorgeworfen, durch ihr **Veto** in der UNO ein **weltweites Klon-Verbot** blockiert zu haben und damit mitschuldig zu sein an der Eskalation.

u.a. n. Radio Vatikan 13.II.'04

RU / LER

Brandenburg: **Der falsche Schein der Neutralität**

Das brandenburgische Mischfach „LER“ soll für die anderen Bundesländer zum „**Präzedenzfall**“ werden. Wenn hier, unter dem falschen Schein des Rechts, die Weiche falsch gestellt bleibt - für LER (Lebensgestaltung / Ethik / Religions-

kunde), gegen RU (Religionsunterricht) -, dann wird kaum noch zu verhindern sein, daß das sog. „Modell LER“ in Serie geht.

Im Dauerstreit um „LER“ und RU gibt es einen eindeutigen verfassungsrechtlichen Maßstab: Der Staat - hier die brandenburgische Landesregierung - muß in Fragen der Religion und Weltanschauung **neutral** sein. Mit Bezug auf die öffentlichen Schulen heißt das: Der Staat darf die Schüler, welche das nichtchristliche Fach „LER“ bevorzugen, nicht in RU hinein-zwingen - was nirgendwo versucht wird. Umgekehrt darf er aber auch keinen Zwang ausüben, indem er diejenigen, die RU bevorzugen, zur Teilnahme an LER verpflichtet. Die ständige Propaganda für LER als **„alleiniges Pflichtfach für alle Schüler“** verstößt gegen das Neutralitätsgebot.

Linke Schul-Strategen entgegnen, LER sei **neutral**. Diese Behauptung ist falsch. Da aber die philosophischen, weltanschaulichen bzw. ideologischen Voraussetzungen den Eltern nicht offengelegt wurden, auch in der Öffentlichkeit nicht diskutiert worden sind, bleibt diese Behauptung weithin unwidersprochen stehen. So konnte LER mit dem **falschen „Schein der Neutralität“** in der öffentlichen Meinung positiv etabliert werden.
gku / Pkt 239

◆ *Wer kann von LER-Lehrern erwarten, daß sie christliche Lebensgestaltung und christliche Ethik einbeziehen und **authentisch** (unverfälscht) vermitteln können? Das gilt vor allem für die ehemaligen Stabü-Lehrer und Pionierleiter*

unter ihnen. Religionskunde geht ohnehin nicht von christlichen Voraussetzungen aus. Seitdem die übrigen Schulfächer ausschließlich von nichtchristlichen Voraussetzungen ausgehen, ist es um so wichtiger, den RU im Sinne des Grundgesetzes einzufordern - sowohl was seine Stellung als freiwilliges, aber „ordentliches Lehrfach“ angeht, als auch, was seine Inhalte betrifft, die evangelischerseits mit Bibel und Bekenntnis übereinstimmen müssen („Übereinstimmungsgebot“ gemäß Art. 7,3 GG).

Eine **verfassungsgemäße, tolerante, einfache** Lösung sähe in Brandenburg so aus wie in anderen Bundesländern: RU wird als „ordentliches Lehrfach“ angeboten; LER im Stundenplan parallel als alternatives Fach. Woran die Schüler teilnehmen, **hat nicht der Staat zu entscheiden**, sondern bestimmen die Eltern religions-unmündiger Kinder bzw. die religionsmündigen Jugendlichen selbst - s. Art. 6,2, /,2+3 GG. gku

FILM

„Die Passion Christi“

Großer Publikumsandrang zu Mel **Gibsons** Jesus-Film! Gibson (Regisseur, Mitverfasser des Drehbuchs, „strenggläubiger Katholik“, bekannt als Hollywood-Star) wird kritisiert: Die Braunschweiger Zeitung, z.B., zitiert ausgiebig die jüdische „Anti-Defamation League“, die ihm vorwirft, mit einer historisch zweifelhaften Dramatisierung der Passionsgeschichte die Juden allgemein für den Tod Christi verantwortlich zu

machen. Er schüre damit **Haß** auf Juden und schade dem christlich-jüdischen Dialog. Die Judenfeindschaft mit schrecklichen Programmen habe eine Hauptursache in den **Evangelien-Berichten**, die jedoch **nicht historische Wahrheiten**, sondern Glaubenswahrheiten vermitteln.

n. Braunschweiger Ztg.(BS) 26.II.'04
◆ „Journalist“ gilt als der am stärksten entkirchlichte und entchristlichte Beruf. „Großer Publikumsandrang“ zu einem christlichen Film - das ist eine Herausforderung für Berufskritiker, Mel Gibson und seinen „seit Monaten umstrittenen“ Jesus-Film zu kritisieren. Wenn sie die Evangelien kannten, hätten sie gemerkt, daß die Frage dort nicht heißt „wer ist schuld?“, sondern an alle Sünder: „wer ist nicht schuld!“ gku - Fragwürdig allerdings ist, daß Gibson sich in seinem Film nicht nur auf die Evangelien, sondern zusätzlich auf die Visionen der katholischen Mystikerin Anna Katharina Emmerich stützt. lg

POLITIK

Aufbruchstimmung durch Partei-Fusionen: **Zentrum gestärkt**

Die Christliche Partei Deutschlands (**CPD**) hat sich der Deutschen Zentrumspartei angeschlossen, der 1870 gegründeten „ältesten Partei Deutschlands“. Die Entscheidung war bereits im Mai 2003 gefallen, als sich die CPD-Mitglieder **ein-stimmig** für die Fusion ausspra-

chen - wegen der **identischen christlich-ethischen Grundhaltung**.

Bis 1957 war die Zentrumsparterie im Bundestag, bis 1958/59 in den Landesregierungen von NRW und Niedersachsen vertreten. In NRW und Sachsen-Anhalt stellt sie Abgeordnete auf Kommunalebene. Der Niedergang des Zentrums war vorprogrammiert durch eine Weichenstellung der Dt. Bischofskonferenz, die schon 1946 der CDU den Vorzug gab. Das Zentrum sieht jetzt Chancen, da die CDU das christliche Element in der Politik immer mehr dem Zeitgeist opfere. Für die Europa-Wahl am 13. VI.'04 kandidieren u.a. Bundesvorsitzender Gerhard **Woitzik** und der frühere CPD-Vorsitzende und jetzige Generalsekretär des Zentrums Ewald **Jaksch**.

Zur **DP** (Deutsche Partei, in den 50er Jahren Koalitionspartner in CDU-Regierungen) gibt es seit 2003 Kontakte.

Die Freiheitliche Deutsche Volkspartei (**FDVP**) geht in der **DP** auf, die mit einem neuen 20-Punkte-Papier an die Öffentlichkeit tritt. Der neue Vorstand besteht aus erfahrenen wertekonservativen Politikern beider Parteien. Zahlreiche Mitglieder der neuen Partei gehörten früher dem BFB, der CDU/CSU oder den Republikanern an. Bundesvorsitzender: Dr. Heiner **Kappel**, Ehrevorsitzender: Prof. Dr. Johannes Freiherr **von Campenhausen**, Stellvertreter: Claudia **Wiechmann**. Die „Deutsche Partei - die Freiheitlichen“ will zur Europa-Wahl antreten, ggf. in einem Wahlbündnis.

Dt. Zentrumsparterie, Pf. 1262, 72822 Wannweil; Rufax: 07121-45529
n. Zentrums-Kurier I'04/1

E+A 2/04

Dt. Partei, Hauptstr.31A, 65812 Bad Soden, Rufax 06196-671908
n. Dtl.Post IX'03/2 + X'03/1f.

BR Deutschland: **Arbeitszeit-Verkürzung**

In nur einem Jahrzehnt - von 1992 bis 2002 - ist in der BR Deutschland die durchschnittliche Jahres-Arbeitszeit von 1557 auf **1444 Stunden** verkürzt worden, d.h. um 7,3%. Zum Vergleich (2002): Schweiz: 1541, Frankreich: 1545, Italien: 1619, USA: 1815, Japan: 1821, Süd-Korea: 2447 Stunden.
n. Vertr.Mitt. (BÜS) 3529/7

BR Deutschland: **Arbeitszufriedenheit?**

In einer Internationalen Studie über Arbeitszufriedenheit schnitt Deutschland schlecht ab: 70% der Arbeitnehmer machen nur „Dienst nach Vorschrift“, 18% haben bereits „innerlich gekündigt“, nur **12%** sind mit Freude und Engagement bei der Sache (vgl. Großbritannien 17%, Australien 18%, Kanada 24%, USA 30%; dagegen Japan 9% und Frankreich 6%). Die deutschen Zahlen sind alarmierend - besonders angesichts der weltbesten Bedingungen und des Stolzes auf die Exportkraft der bundesdeutschen Wirtschaft.
„Gallup“ lt. Vertr. Mitt.(BÜS) 3547/1

**Suchet der Stadt Bestes
und betet für sie zum HERRN!
Jeremia 29,7**

Medien-Kampagne: Kein „Tätervolk“

Das Wort „Tätervolk“ wurde zum Unwort des Jahres 2003 gekürt. Dazu erklärt Martin **Hohmann**, mit diesem Wort werde „ein ungerechtfertigter Kollektivvorwurf“ erhoben. Hohmann: „Einen **Kollektivschuldvorwurf** lehne ich für alle Gruppen und Völker ab. Ausdrücklich habe ich dies am 3.X.2003 hinsichtlich der Deutschen und der Juden getan. Diese galten nach dem sowjetischen Paßrecht als Nationalität, als Volk. Der Kernsatz meiner Rede war: **>Daher sind weder die Deutschen noch die Juden ein Tätervolk.<**“

n. Vertr.Mitt. (BÜS) 3547/7 (27.1.'04)

Türkei: Reif für Beitritt zur EU?

In einem Rundschreiben an alle Schulen fordert das türkische Erziehungsministerium die Lehrer auf, die Schüler dazu anzuhalten, z.B. in Aufsätzen Gründe anzuführen, weshalb es den **türkischen Völkermord an den Armeniern nicht gegeben** habe...

In einem Rundschreiben an die türkischen Botschaften und Konsulate in West-Europa hat der türkische Außenminister Abdullah **Gül** diese aufgefordert, mit der **IGMG** (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs) zusammenzuarbeiten. Seit Jahren wird die IGMG in den **Verfassungsschutz-Berichten** des Bundes und der Länder als Organisation genannt, die den **Weltstaat Allahs** aufbauen will. Sie propagiere

die **westlich-demokratische Gesellschaft als Feindbild**. „Ziel der IGMG ist es, die laizistische Staatsordnung in der Türkei zu beseitigen und ein auf Koran und Scharia basierendes Rechts- und Gesellschaftssystem zu errichten und islamistische Positionen in Deutschland durchzusetzen“

Die „gemäßigt-islamistische“ Regierungspartei Erdogans ging aus der IGMG hervor. Gül war Erdogans „Platzhalter“. n. Vertrauliche Mitteilungen 3514/2 / Kurier der CM (Christliche Mitte) XII'03/1

EVANGELIKALE Italienische Allianz contra Deutsche Allianz

Die Ev. Allianz Italiens steht wesentlich kritischer zu einer Ökumene mit der Römisch-Katholischen Kirche als die Deutsche oder Schweizer Ev. Allianz. Sie gab deshalb z.B. die romkritische Padua-Erklärung heraus. In unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der „**Impuls-Tour EINS. Aufbruch zur Einheit**“ der **Dt. Ev. Allianz** hat die **Arbeitsgemeinschaft Bibeltreuer Publizisten (AbP)** den 2. Vorsitzenden der Ev. Allianz Italiens, Dr. Leonardo de Chirico, Padua, zu einem Referat zum Thema „**Einheit um jeden Preis? Wahre und falsche Einheit**“ am 15. Mai 2004 in die Dillenburger Stadthalle zu einer Großveranstaltung eingeladen.

- Immer stärker droht die Ökumene- und Einheitsfrage die Evangelikalen zu spalten (siehe Termine, S. 66; siehe auch S. 24 u. 67). lg

Pastor Kurt Muß – ein lutherischer Märtyrer

In den 1930er Jahren war es in der Sowjetunion auch zu einer Reihe von Prozessen gegen lutherische Pastoren und ihre Gemeindeglieder gekommen, die vielfach mit Erschießungen der Angeklagten endeten. Neben anderen – wie den Pastoren Paul und Bruno Reichert (Vater und Sohn) – wurde auch Pastor Kurt Muß erschossen, der zwischen 1917 und seinem Tod 1937 dreizehn Jahre in Lager und Verbannung zubringen mußte. Er hatte der bemerkenswerten russischsprachigen lutherischen Gemeinde in Leningrad als Pfarrer gedient. Red.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebten unter den ca. 60.000 Deutschen in St. Petersburg (die meisten davon Lutheraner) bereits einige Tausend, die dem deutschsprachigen Gottesdienst kaum noch folgen konnten, weil ihre Familien – seit Generationen im russischen Umfeld – des Deutschen entwöhnt waren. Deshalb stellte sich immer dringlicher die Aufgabe, den „russifizierten“ Lutheranern sprachlich entgegenzukommen. Vor diesem Hintergrund entstand eine lutherische Gemeinde, die ihre Gottesdienste und Zusammenkünfte ab 1867 in deutscher und in russischer Sprache durchführte. 1872 wurden die Grundsteine für ihr eigenes Gotteshaus und die dazugehörige Schule gelegt, und 1874 konnten Marienkirche und Marienschule eingeweiht werden. 1904 zählte die Gemeinde 2800 Glieder (unter denen 500 Russen gewesen sein sollen).

Die ersten Pastoren

Der erste Pfarrer der Mariengemeinde war Albert Masing (1865–1910); die Gottesdienste feierte er zunächst nur in Deutsch, ab Ende der 1870er Jahre jedoch, als er die nach einigem Zögern erteilte staatliche Erlaubnis dazu erhalten hatte, auch in Russisch. Das Innere der Marienkirche erinnerte etwas an ein orthodoxes Gotteshaus. Zur Gemeinde gehörten ein Waisenhaus, ein Witwenheim und eine zweisprachige Grundschule für 250 Kinder.

Nach dem Tod seines Vaters im Jahre 1910 übernahm Pastor Johann Konstantin Masing die Pfarrstelle, die er bis zu seiner Emigration nach Deutschland 1920 versah. Sein Nachfolger (1921–1924) war Alexander Eduard Jürgenson, der allerdings ausschließlich auf Deutsch predigte.

Der Oktoberumsturz von 1917 machte sich in der evangelischen Kirchenlandschaft Petrograds schnell bemerkbar – zuerst dadurch, daß viele – z.B. baltische – Pastoren die junge Räterepublik verließen und in ihre Heimatländer zurückkehrten. Deshalb mußte der Oberpastor der Petrikerche (1920–1924), Wilhelm Eduard Michael Fehrmann, seit 1921 auch die Marienkirchengemeinde sowie die lutherischen Gemeinden der Schweden und Finnen – aber auch die reformierten Gemeinden der Holländer und Deutschen – betreuen. Weil praktisch alle Niederländer Petrograd verlassen hatten, zog die Mariengemeinde 1923 in die Holländische reformierte Kirche am Newski-Prospekt. Mit dem Umzug kam es auch zu einer Neugründung der Gemeinde, die künftig Christen lutherischen und reformierten Bekenntnisses umschließen sollte und sich nun „Christus-Gemeinde“ nannte: die "Russische Gemeinde evangelisch-lutherischen und reformierten Bekenntnisses" (registriert am 15. Oktober 1923).

Aber die Gemeinde hatte keinen Pfarrer. Daher dienten ihr reihum alle lutherischen Pastoren, die russisch zu predigen in der Lage waren: Wilhelm Fehrmann (1864–1924), Arnold Frischfeld (*1874; vermutlich im Straflager Solowki umgekommen), Paul Reichert (*1875; 1938 erschossen) und Hellmuth Fürchtegott Hansen (*1892; seit 1930 im Lager Solowki, nach 1938 umgekommen); ab 1924 auch Octav Simon (*1894; nach seiner Deportation 1935 verschollen). Für das Jahr 1924 konstatiert die Chronik der Christus-Gemeinde: 70 Gottesdienste, 46 Gesprächskreise, 32 Bibelstunden, 6 Taufen, 10 Konfirmationen.

Beängstigend wurden die finanziellen Probleme: Nachdem die Gemeinde keine Kirchenbeiträge von den Gemeindegliedern mehr erheben durfte, blieb die Tellerkollekte die einzige Geldquelle. Gleichzeitig wurden die staatlichen Abgaben so hochgeschraubt, daß die Gemeinde im Jahre 1924 von ihren 718 Rubel Einnahmen 632 an

den Staat abführen mußte; 1925 standen 1676 Rubel Einnahmen 1519 Rubel an staatlichen Abgaben gegenüber.

Allen Widrigkeiten zum Trotz erstarkte die Christus-Gemeinde: Von 1923 bis 1925 stieg die Zahl ihrer erwachsenen Mitglieder von 45 auf 80. Die meisten waren geborene Lutheraner, doch gab es auch vier Reformierte sowie einige geborene Orthodoxe. Ab Mai 1925 mußte die Gemeinde auf Druck der Behörden ihre wöchentlichen (außergottesdienstlichen) Gemeindeveranstaltungen auf eine im Monat reduzieren. Als im Sommer 1926 die holländische Kirche „versiegelt“ wurde, fand die Christus-Gemeinde in der Petrikirche Unterschlupf, nach 1927 mußte sie die finnische Marienkirche und seit 1929 die lutherische Michaeliskirche auf der Wassili-Insel benutzen. Trotz der vielen Wechsel wuchs die Christus-Gemeinde: So war die Zahl ihrer jugendlichen Glieder gleich hoch wie die der größten lutherischen Gemeinde (an der Petrikirche), nämlich etwa einhundert – alle anderen lutherischen Gemeinden in Leningrad hingegen hatten nur wenige Mitglieder in ihren Kindergruppen.

Pastor Muß

Die Christus-Gemeinde hatte als Pastor durchaus einen Wunschkandidaten – den absolut zweisprachigen Kurt Muß. 1896 in Petersburg geboren, absolvierte er die lutherische Annenschule (neben der lutherischen Petrischule mit je 1600 Schülern eine der größten und bedeutendsten Schulen der einstigen Hauptstadt). 1915 hatte er in Dorpat (Tartu) das Studium der Theologie aufgenommen, jedoch wegen des Krieges im Jahr darauf nach Petrograd zurückkehren müssen. Seine theologische Ausbildung setzte Muß zwei Semester lang als Hörer an einem orthodoxen Seminar fort. Bischof Conrad Freifeldt (1847–1923) hatte Muß 1922 ordinieren wollen, doch Bürgerkrieg, Repression und die Hungersnot von 1921/22 ließen es nicht dazu kommen.

Im Sommer 1922 besuchte Muß im Auftrag von Prof. John Morehead, dem Generalsekretär des Lutherischen Weltkonvents aus den USA, die deutschen Dörfer im Süden Rußlands und verfaßte – vor dem Hintergrund der Hungersnot – einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage dieser Dörfer. Seine Zusammenarbeit mit einer ausländischen

Institution wurde für Kurt Muß verhängnisvoll: Sie diente als Vorwand für seine Verhaftung am 23. Dezember 1922 und für seine Verurteilung zu drei Jahren Straflager wegen angeblicher Spionage. Er wurde in das berüchtigte Lager auf den Solowki-Inseln verschickt, im Juli 1924 vorzeitig entlassen und schließlich ins Gouvernement Jaroslawl verbannt.

Im Juni 1926 gestatteten die sowjetischen Organe Kurt Muß, nach Leningrad zurückzukehren. Sofort unterzog er sich im Rahmen der inoffiziellen Petrograder Predigerkurse dem theologischen Examen, wurde noch im gleichen Jahr ordiniert und nahm noch im Jahre 1926 den Dienst in der Christus-Gemeinde auf.

Kindergruppen

Pastor Muß feierte alle Gottesdienste in russischer Sprache, reorganisierte und erweiterte die Jugendarbeit, so daß in seiner Gemeinde bis zu seiner Verhaftung am 19. Dezember 1929 über 15 Kinder- und Jugendgruppen entstanden. Der russisch-orthodoxe Erzbischof Michail (Mudjugin, 1912–2000) hat Kurt Muß ein ehrendes Andenken bewahrt (Erzbischof Michail: „Reminiszenzen an das Leben der Leningrader lutherischen Gemeinden vor ihrer Liquidierung“ (russisch). In: *Cerkov' Ingril*/Kirche Ingermanlands 3–4/1993, S. 18f.).

Mudjugin, ein damals etwa 15jähriger Orthodoxer, war einmal zufällig in die einst finnische Marienkirche gegangen, wo er Pastor Muß predigen hörte. Immer wieder besuchte er daraufhin die Gottesdienste und begann, sich – durch Kurt Muß motiviert – für das Luthertum zu interessieren. Im Oktober 1929 wurde Michail Mudjugin sogar konfirmiert – was er vor seiner orthodoxen Mutter allerdings geheimhielt – und leitete bald eine Kindergruppe in der Christus-Gemeinde. Wegen dieser seiner katechetischen Arbeit wurde Michail Mudjugin 1930 verhaftet und mußte für neun Monate ins Gefängnis; danach folgten drei Jahre Verbannung aus Leningrad. In seinen Memoiren erinnerte sich der spätere Erzbischof Michail (Mudjugin):

"Besonders spannend gestaltete sich das Leben der russischsprachigen lutherischen Gemeinde. ... Jeder Russe, jeder zufällige Passant konnte die

biblischen Lesungen, die Predigt und die Lieder verstehen. Daß die Gottesdienste so außerordentlich anziehend wirkten, ist insbesondere mit der Persönlichkeit ihres Pastors, Kurt Alexandrowitsch Muß, zu erklären. Dieser relativ junge Mann ... konnte vorzüglich organisieren und sprach ausgezeichnet Russisch, was man von seinen Amtsbrüdern nicht unbedingt sagen konnte. Er war ein begnadeter Prediger, der die Tiefe des Predigttextes mit der Gegenwart meisterhaft in Beziehung zu setzen pflegte. Seine geschliffene Rhetorik gebrauchte er nie, um sich in Szene zu setzen. Vielmehr wirkte er durch seine persönliche Überzeugung von der Wahrheit der Lehre Christi, deren Kündler er war."

Dieses Urteil bestätigen alle, die Kurt Muß persönlich gekannt haben. Den Schwerpunkt seines pastoralen Dienstes legte Kurt Muß auf die Jugendarbeit, weil er voraussah, daß die Kirche in der atheistischen Gesellschaft nur überleben konnte, wenn sie die junge Generation zu gläubigen Christen heranzog. Als die Kindergottesdienste verboten wurden, sammelten die Jugendleiter die Kinder in ihren Wohnungen und bereiteten sie auf den sonntäglichen Gottesdienst vor. 1929 standen der Christus-Gemeinde über elf Gruppenleiter zur Verfügung (unter ihnen der orthodoxe Michail Mudjugin); sie betreuten zusammen 73 Kinder. Die Ehefrau von Pastor Muß, Jelena Muß-Tschernyschewa, übernahm in der Jugendarbeit wichtige Koordinierungsaufgaben.

In der Christus-Gemeinde gab es bis 1929 fünf Gruppen mit 33 Kindern, wie sie keine andere lutherische Gemeinde kannte, genannt „Die Bienchen“. Diese lernten, fleißig und tüchtig und bereit zu sein, auch unangenehme und schwierige Arbeiten auszuführen. Sie stellten bei ihren wöchentlichen Zusammenkünften Hand- und Bastelarbeiten her, es gab eine Zeichengruppe, eine Tischlerei, eine Gärtnerei, eine Schneiderei und eine Stickgruppe. Jede Zusammenkunft begann und endete mit einem von Pastor Muß eigens für die „Bienchen“ erdachten Liedchen, das alle Kinder auswendig konnten:

*„Im Namen unseres Herrn Jesus Christus
erfüllen wir die Pflicht zur Arbeit, Hoffnung und Liebe
und versprechen, Ihm treu zu bleiben,
Ihm, Der für uns im Blut gestorben ist.
Wir wollen dafür kämpfen, daß Leiden und Tränen versiegen,
daß sich die Verheißungen des Bundes erfüllen
und die Menschen eine Familie werden,*

*daß Menschen sich nicht verfeinden,
daß die Starken die Schwachen nicht knechten,
daß alle zu einer Herde zusammenwachsen
und ein Bruder dem andern im Unglück hilft.
Wir halten Dein heiliges Banner hoch.
Möge Deine Rechte uns bewahren, Christus,
Du hast zugesagt, immer mit uns zu sein –
Schicke uns Hilfe in schwerer Stunde."*

Die Bastel- und Handarbeiten wurden verkauft; aus dem Erlös und mit Elternspenden konnte man den Gruppenleitern monatlich 6–10 Rubel zahlen. Entsprechend dem Entwicklungsstand führte die Christus-Gemeinde Kinder und Jugendliche über verschiedene Stufen an ein christliches Leben heran. Erzbischof Michail berichtet auch darüber in seinen Erinnerungen:

"Den ersten Schritt bildeten die Kindergottesdienste, dann folgte der Konfirmandenunterricht, den Pastor Muß persönlich leitete. ... Nach der Konfirmation konnten die jungen Gemeindeglieder weitere Bibelkurse besuchen, dort Referate halten und sich untereinander austauschen oder gemeinsam Verse aus der Hl. Schrift lesen und diese gemeinsam überdenken. Die Konfirmierten verbrachten einen Teil ihrer Freizeit miteinander. Im Sommer machten sie Ausflüge in die malerischen Vorstädte Leningrads, im Herbst und Winter trafen sie sich bei einem von ihnen zu Hause. Normalerweise verbrachten sie ihre Freizeit mit fröhlichen Spielen, an denen die Erwachsenen, und vor allem Pastor Muß, lebhaftesten Anteil nahmen. Ein Teil der Zeit war dem gemeinsamen Gebet und dem Singen von Chorälen gewidmet, aber auch Speis und Trank kamen natürlich nicht zu kurz. Die Jugendlichen liebten und vertrauten Kurt Alexandrowitsch grenzenlos, vielen war er ein Lehrer und Erzieher, dem sie widerspruchslos folgten und sich fügten."

Allein am 6. Mai 1929 wurden in der Michaeliskirche, dem letzten Domizil der Christus-Gemeinde, 23 Mädchen und 12 Jungen konfirmiert. Auch nach der Konfirmation engagierten sich die Jugendlichen der russischsprachigen Gemeinde. Noch einmal sei Erzbischof Michail zitiert:

"Die jungen Leute übernahmen die von den Behörden auferlegten Unterhaltsarbeiten für das Kirchgebäude und für das umliegende Gelände. Im Winter schaufelten sie Schnee und schafften ihn zur Newa, die ja ziemlich weit von der Michaeliskirche entfernt ist. Sie putzten und pflegten die Kir-

che, traten die Blasebälge der Orgel und halfen in der Gemeinde überall, wo es nottat."

„Wider die Atheisten!“

Pastor Hellmuth Hansen von der Petrikirche und Pastor Muß waren seit ihrem Studium in Dorpat befreundet und vertraten einander bei den Gottesdiensten. Beide verband nicht nur die gemeinsame Arbeit, sondern sie einte auch die Überzeugung, daß sie den Atheisten energisch Widerstand leisten mußten. So heißt es in einem Geburtstagsbrief von Hellmuth Hansen an Kurt Muß: "Dieses neue Lebensjahr (1930) wird vermutlich ein schweres Jahr des Kampfes. Frisch voran! Sturm verleiht Kraft, ständiges Ringen hingegen zermürbt den Menschen. Darum schicke ich Dir meine ganz besonderen Wünsche zum Geburtstag – für ein weiteres Jahr des Kampfes bis zum Ende." (Dieser Brief war vom OGPU, dem Vorläufer des KGB, bei der Verhaftung von Pastor Muß konfisziert worden.)

Pastor Hansen schleuste seit 1926 sowohl für seine als auch für die russischsprachige Christus-Gemeinde vom Gustav-Adolf-Werk in Leipzig kirchliche Literatur in die Sowjetunion; darüber hinaus organisierten beide Gemeinden jeweils im Frühjahr und Sommer gemeinsam Ferienlager für die 20-25 sieben- bis sechzehnjährigen Kinder aus mittellosen deutsch- und russischsprachigen lutherischen Familien. Die Predigten von Pastor Muß zogen viele Menschen an, weil er das, was im Lande geschah, deutlich ansprach:

"Die Revolution hat die Menschen in zwei Klassen geteilt – und jeder muß sich entscheiden, zu welcher er gehört. Denn wer sich nicht entscheidet und ‚neutral‘ bleiben will, wird auf jeden Fall von der Revolution zermalmt. Jeder konfirmierte Lutheraner muß für seinen Glauben einstehen. Und weil Gott mit uns ist, werden wir siegen. ... Heute leben die Menschen entweder in ihrer Vergangenheit oder in der Zukunft oder in Fünf- oder in Zehnjahresplänen – dabei ist es doch viel interessanter, in der Gegenwart zu leben. Gottes Uhren sind nicht stehengeblieben, sie gehen weiter. Auf der Straße sehen wir, wie Kirchen geschändet werden, und hören voller Angst, daß es in fünf Jahren überhaupt keine Kirchen mehr geben wird – doch wir irren. Alle diese Verfolgungen stärken unsere Herzen im Glauben, und anstelle der zerstörten Kirchen wird sich der Herr Kirchen in den Herzen der Menschen erbauen."

Verhaftungen

Kurz nach Inkrafttreten des Religionsgesetzes von 1929, das religiöses Leben systematisch abwürgte und auch jegliche religiöse Unterweisung von Kindern verbot, wurden vor allem Geistliche, aber auch engagierte Laien verhaftet. In Leningrad inszenierte das OGPU beispielsweise einen regelrechten Schauprozeß gegen die Pastoren Hansen und Muß, in dessen Verlauf 86 Personen vor Gericht gestellt und 72 verurteilt wurden. Viele der Verhafteten stammten aus der russisch-lutherischen Christus-Gemeinde. Pastor Muß, seine Frau Jelena und seine Schwester Louise wurden am 17. Dezember 1929 verhaftet. Muß wurde beschuldigt, „Initiator und rührigster Leiter einer von ihm aufgebauten konterrevolutionären Untergrundorganisation zu sein, wo die Jugend in chauvinistischem antisowjetischem Geist bearbeitet und systematisch gegen die Sowjetmacht agitiert wird. Unter seiner Leitung sind Minderjährigen in eigens zu diesem Zweck im Untergrund organisierten Jugendgruppen religiöse Lehren beigebracht worden.“

Kurt Muß erklärte, nach sowjetischem Gesetz wären religiöse Kleingruppen (von drei bis fünf Kindern) erlaubt – in der Tat waren vor Inkrafttreten des Religionsgesetzes von 1929 solche Gruppen nicht verboten gewesen. Er wies auch die Anschuldigung zurück, seine Predigten hätten sich gegen die Sowjetmacht gerichtet. Am 24. Januar 1930 notierte er speziell dazu:

"Als lutherischer Pfarrer bin ich gehalten, in meinen Predigten die Wirklichkeit und alle sich daraus ergebenden Fragen anzusprechen. Die prinzipielle Frage, mit der die Gegenwart den Christen konfrontiert, ist die des Lebens ohne Gott, der die Kirche nicht ausweichen kann und darf. Meine Predigten beschäftigten sich ausschließlich mit diesem Problem und überhaupt nicht mit dieser oder jener Verfügung der Regierung. ... Der ‚Bund der Gottlosen‘ und seine Führer sind doch keine Institutionen der Regierung – deshalb ist mein Auftreten gegen sie nicht ungesetzlich! In der Sowjetunion haben Religion und Gottlosigkeit doch die gleiche Daseinsberechtigung. ... Will man also meine Predigten qualifizieren, so waren sie gegen die Gottesleugner, nicht aber gegen die Sowjetregierung gerichtet.“

Pastor Muß und seine Gemeindeglieder wurden in allen Anklagepunkten für schuldig befunden. Am 17. September 1930 verurteilte

das Schnellgericht (die „Trojka“ des OGPU) Pastor Muß zu zehn Jahren Lagerhaft und seine Frau, seine Schwester und die meisten Gruppenleiter zu je drei Jahren Lagerhaft plus drei Jahren Verbannung. Einige wenige 17–18jährige, darunter Michail Mudjugin, kamen mit drei Jahren Verbannung ziemlich glimpflich davon. Kurt Muß wurde am 6. Oktober 1930 in die Solowki-Lager verschickt – erst auf das Festland, dann am 16. Januar 1932 direkt auf die Solowki-Inseln.

Lebendiges Zeugnis trotz Bedrückung

Die Verfolgungen versetzten der Christus-Gemeinde einen schweren Schlag, vernichteten sie jedoch nicht. In der ersten Hälfte der 30er Jahre konnte sie sich noch in der Michaelis-Kirche halten und wurde von anderen lutherischen Pastoren betreut. Diese hielten an den Traditionen fest, die Kurt Muß begründet hatte: So kamen die Konfirmierten weiterhin in Gruppen zusammen und verbrachten gemeinsam ihre Freizeit, besuchten regelmäßig die Gottesdienste und erfüllten ihre kirchlichen Obliegenheiten.

In einer Zeit, in der Kirchen schon massenweise geschlossen und Gläubige scharf verfolgt wurden, überraschte das selbst einige lutherische Pastoren. So berichtete der lettische Pastor Julius Sahlit (* um 1900; 1934 deportiert, † 1965) am 3. Februar 1934 im Verhör:

"Nach der Konfirmation gehen die jungen Leute normalerweise auseinander, kaum einer kommt mehr zum Gottesdienst. Eine Ausnahme bilden die jungen Leute in der Michaeliskirche, wo die Gottesdienste in Russisch stattfinden. Dort halten unter der Leitung des Kantors alle zusammen; an Festen singen die jungen Leute im Chor, teilen alle Unterhaltsarbeiten an der Kirche unter sich auf. ... Die Pastoren dienen dieser Gemeinde reihum, während diese auf ihren verurteilten Pastor Muß wartet."

Verfolgung und Martyrium

Allmählich wurden die finsternen Wolken auch über der Christus-Gemeinde in der Michaeliskirche bedrohlich. Im Juli 1933 wurde das Glockenläuten verboten; einige Monate später die 640 kg schwere

Glocke abgenommen und "für die Bedürfnisse der Industrialisierung" eingeschmolzen. Am 17. Mai 1935 verhaftete und verurteilte der NKWD Pastor Octav Simon am 8. Dezember 1935 zu sechs Jahren Deportation, weil er Briefe an den deutschen Konsul weitergeleitet und materielle Hilfe aus dem Ausland angenommen hatte. Die Betreuung der Michaelis-Kirche übernahm nun Pfarrer Paul Reichert (*1875, 1937 deportiert – verschollen) von der Petrikirche. Die Steuerlast wurde immer drückender. Um die finanzielle Notlage etwas zu lindern, beschloß der Kirchenvorstand, einer Baptisten-Gemeinde Gastrecht zu gewähren, die nun einen Teil der laufenden Kosten trug.

Doch das Verhängnis war unausweichlich: Am 1. August 1935 entschied das örtliche Parteikomitee, die Michaeliskirche zu schließen. Die Gottesdienste konnten noch bis Ende Sommer 1935 fortgesetzt werden, doch schließlich mußte Kirchenvorsteher Alfred Zitnick am 15. August dem Stadtsojwet die Kirchenschlüssel übergeben, weil die horrende Steuersumme nicht mehr aufzubringen war. Die wenigen Getreuen der Christus-Gemeinde, die nach den vielen Verhaftungen noch übriggeblieben waren, hielten sich nun zur lutherischen Gemeinde an der Petrikirche.

Am 2. November 1936 wurde der russische Lutheraner K.P. Andrejewski verhaftet, dem im Verhör am 16. Dezember unter Folter die Aussage abgepreßt wurde, Pastor Paul Reichert, Alfred Zitnick, E. Hahnecke und Waldemar Schmidt hätten eine konterrevolutionäre Gruppe gebildet, die sich im Verlaufe des Jahres 1935 häufig in der Wohnung Zitnicks konspirativ getroffen hätte. An der Gerichtsverhandlung vom 7. Juli 1937 widerrief Andrejewski seine Aussagen und erklärte, er habe das Geständnis unter Folter abgelegt; ihn verurteilte das Sonderkollegium des Leningrader Bezirksgerichts zu acht Jahren Straflager.

Mit dieser Aussage hatten die Behörden eine Handhabe, um einen Prozeß gegen Pastor Reichert zu eröffnen. In diesem Zusammenhang wurde am 23. November 1937 Alfred Zitnick verhaftet. Man beschuldigte ihn der "aktiven konterrevolutionären faschistischen Spionage" im Rahmen einer illegalen nationalsozialistischen Gruppierung an der Petrikirche. Am 2. Januar wurde Alfred Zitnick zum Tode verurteilt und bereits am nächsten Tag erschossen. – Im glei-

chen Prozeß wurden noch mehrere andere Lutheraner zum Tod verurteilt und hingerichtet.

Auch Pastor Kurt Muß hat nicht überlebt: Am 28. Dezember 1935 wurde er wieder auf die Solowki-nseen und Anfang 1936 in ein Straflager bei Murmansk verschickt. Dort wurde auch er – im August 1937 – erschossen.

Neuanfang

Die Michaelis-Kirche steht noch; nach ihrer Schließung 1935 war sie als Turnhalle mißbraucht worden. Nach dem Krieg erfolgte eine totale Umgestaltung des Innenraums der Kirche: In das einst wegen seiner Akustik berühmte Mittelschiff wurden drei Etagen eingezogen, die einer Sportwarenfabrik zur Verfügung gestellt wurden.

Aber die Erinnerung an Pastor Kurt Muß und die Traditionen, die er begründet hat, leben weiter. Noch in den 1990er Jahren erinnerte sich eine Reihe älterer Menschen voller Liebe an ihren Konfirmandenunterricht, an die Predigten, die Bibelstunden, die gemeinsamen Ausflüge und fröhlichen Jugendabende, die er geleitet hatte. Die Behörden haben Teile der Michaeliskirche 1992 der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Rußland, der Ukraine, Kasachstan und anderen Staaten (ELKRAS) übergeben. Heute finden darin trotz umfangreicher Restaurierungsarbeiten wieder regelmäßig Gottesdienste statt. Es ist natürlich kein Zufall, daß eine auf 1929 datierte Photographie von Pastor Kurt Muß und seinen Konfirmanden in der Kirche einen Ehrenplatz einnimmt.

Übersetzung des russischen Manuskripts: Olga Stieger

Redaktion und Gestaltung: Gerd Stricker

Dr. phil. habil. Michail W. Schkarowski (1961), Kirchenhistoriker (Habilitationsschrift 1996: „Die Russische Kirche und die sowjetische Religionspolitik 1939 bis 1964“). Am zentralen Staatsarchiv von St. Petersburg ist er als Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Auf seinem Zugang zu KGB-Archiven beruht der vorliegende Beitrag.

Meinrad von Ow

2000 Jahre Christentum - nur als Kriminalgeschichte?

**Ein Autor, seine Mäzene und Laudatoren
- ein Fall für den Psychologen?**

Verschwörungstheorien gibt es schon seit dem Altertum, sie haben das Zeitalter der Aufklärung überlebt und sind auch heute in den verschiedensten Formen präsent. Die jüdische Weltverschwörung, die geheime Macht der Freimaurer oder der amerikanischen Ölmultis werden wie die Bedrohung durch Ufos zu Gefahren hochstilisiert, gegen die es sich zu wappnen gilt. Selbst erfolgreiche Menschen, die im Alltag höchst realistische Entscheidungen treffen, sind nicht dagegen gefeit.

Auch das weltweit verbreitete Christentum ist Gegenstand von Verschwörungstheorien. So sah Hitler in der katholischen Kirche eine vom Vatikan gesteuerte übernationale geistige Macht. Sein Weltanschauungsbeauftragter Alfred Rosenberg vertrat die Theorie, die jüdische "Gegenrasse" habe "Hellas" so zersetzt, daß daraus "Rom" entstanden ist. Von dort aus werde die jüdisch-orientalisch geprägte Lehre des Christentums verbreitet.

Deschners Haß auf das Christentum

Ein extremer Vertreter einer Verschwörungstheorie über das Christentum ist in unserer Zeit der Schriftsteller **Karlheinz Deschner**, Autor des Rowohlt Verlags, der ihn als "schärfsten Religions- und Kirchenkritiker unserer Zeit" bezeichnet. Deschner hat bis zum 80. Lebensjahr 46 Bücher veröffentlicht, die auch in zehn Sprachen übersetzt vorliegen. Weit verbreitet sind die sieben Bände seiner "**Kriminalgeschichte des Christentums**", für die er mit außergewöhnlichem Fleiß und mit gnadenlosem Haß alles über das Christentum gesammelt und aufbereitet hat, was heute negativ erscheint

oder negativ interpretiert werden kann. Seine Kriminalgeschichte führt den Leser von den Ursprüngen des Alten Testaments in monotoner Einseitigkeit mit abertausend Einzelheiten durch zwei Jahrtausende unter Verzerrung der historischen Wirklichkeit. Alle Päpste, Kardinäle, Mönche und Priester, die Deschner aufzählt, wirken wie eine Bande von Gangstern, deren verbrecherische Machenschaften sich hinter Weihrauchwolken verbergen. Die fehlende Wissenschaftlichkeit versucht Deschner durch eine Unzahl langatmiger Anmerkungen zu kompensieren, die mehr verwirren als belegen. Besonders peinlich wirken seine Plattitüden, wenn er zum Beispiel vom "Nazi-Theologen Lortz" spricht oder im römischen Bischof Callistus "einen frühen Vorgänger gleichsam des Vatikanbankchefs und Mafia-Kompagnons Erzbischof Marcinkus" sieht.

Wer alles Deschner lobt...

Die Auseinandersetzung mit Deschner auf wissenschaftlicher Ebene ist ebenso sinnlos wie der Versuch, ihn zu widerlegen. Auch haben sich die Kirchen heute zu den dunklen Flecken ihrer Vergangenheit bekannt. Es gibt jedoch Gründe, auf das Werk Deschners einzugehen: der Erfolg seiner Bücher mit einem weitgehend positiven Echo in den Medien, sowie sein Leserkreis, seine Sponsoren und Laudatoren, die in der geistigen Oberschicht zu suchen sind. Aufschluß darüber gibt ein 2002 erschienenes Buch des Rowohlt Verlags. Es enthält die Laudationes der fünf Literaturpreise, mit denen Deschner von ihm geistig nahestehenden Förderern bedacht und alimentiert wurde.

Den Anfang macht der 1988 mit 50 000 DM Preisgeld dotierte *Arno-Schmidt-Preis*, den die Arno-Schmidt-Stiftung verleiht. Gegründet und mit einer Million DM ausgestattet wurde die Stiftung von dem Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Professor Dr. Dr. h.c. *Jan Philipp Reemtsma*, zur Förderung seines Schriftstellerfreundes Arno Schmidt. Reemtsma, der die Laudatio auf Deschner unter dem Titel "Leichenbesichtigung" hielt.

1993 erhält Deschner den *Alternativen Büchnerpreis* für "seine leidenschaftliche Parteinahme für die aufs Paradies Vertrösteten". Sein Laudator ist der ehemalige Theologe Professor Dr. Horst

Herrmann, der nach dem Entzug der kirchlichen Lehrerlaubnis wegen Häresie vor fast 30 Jahren das Fach der feministisch-infantistischen Patriarchats- und Väterforschung (Paternologie) begründet hat. Der Verfasser von 35 religions- und patriarchatskritischen Büchern, die vielfach denen Deschners an Infamie nicht nachstehen, feiert den Preisträger als "den einzelnen, der sich weigert, das Elend der Christen mitzuerben" und der dem Erkennen bietet, "dem Gottessüße den Magen verdarb".

Um dem Leser nicht weiter den Magen zu verderben, werden die weiteren drei Literaturpreise ohne Kommentar angeführt:

1993 der *International Humanist Award* der internationalen humanistischen und ethischen Union, Laudator Staatssekretär Dr. Klaus Sühl.

2001 der *Ludwig-Feuerbach-Preis* des Bundes für Geistesfreiheit Bayern, Laudator der emeritierte Professor für Rechts- und Religionssoziologie Dr. Johannes Neumann.

2001 der *Erwin-Fischer-Preis* des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten, Laudator Professor Dr. Ludger Lütkehaus.

Was antworten wir darauf?

Die antiklerikale Monomanie Deschners und seiner Protagonisten zu deuten, ist ein Fall für Psychologen. Die Tatsache, daß sein philosophisch und historisch unhaltbares Werk in weiten Bereichen der Medien positiv kommentiert wird, zeigt sowohl das Fehlen eines kritischen Urteils, wie die Unfähigkeit, Abrechnung von Aufklärung zu unterscheiden. Wenn man ein agnostisches Weltbild mit dem Anspruch der Aufklärung begründen will, so ist dieser Versuch nur glaubwürdig unter der Beachtung der Würde gläubiger Menschen und mit dem Respekt vor der zweitausendjährigen Geschichte des Christentums. Dies schließt keineswegs die Anerkennung von Leid und geschehenem Unrecht aus, die der Zwiespalt zwischen christlicher Lehre und kirchlicher Praxis vielfach verursacht hat.

Der gläubige Christ weiß, daß in allen Zeiten die Botschaft Christi auch abgelehnt und bekämpft wird, er kennt jedoch auch die Verheißung: Die Pforten der Hölle werden seine Gemeinde nicht überwältigen. Er wird deshalb nicht als enragerter Eiferer auftreten, sondern kann mit Gelassenheit auf solche misanthropischen und ge-

hässigen Angriffe reagieren und den verblendeten Autoren in geeigneter Weise seine Nächstenliebe zeigen.

Zusammenhänge: Deschner-Laudator Reemtsma und Kirchen unterstützen umstrittene Wehrmachtsausstellung

In meinem Beitrag in Nr.1 /2003 „Erneuerung und Abwehr“ habe ich die vielfältige Beteiligung beider Kirchen an den Veranstaltungen der alten und neuen Wanderausstellung zum Thema „Verbrechen der Wehrmacht“ dargestellt und es abschließend als Zeichen der Einsicht gewertet, daß die letzten Stationen der Ausstellung im Jahr 2002 ohne deren Mitwirkung stattfanden. Leider habe ich mich getäuscht.

In Schwäbisch Hall unterstützte im Juni/Juli 2003 die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (evangelische Lukaskirche und katholische St. Markuskirche) mit vier Veranstaltungen die Ausstellung. In einem bisher nicht gekannten Umfang haben sich in Dortmund im September/Oktober 2003 20 kirchliche Amtsstellen und christliche Gruppen bei den über 100 Begleitveranstaltungen beteiligt. Bereits im Vorfeld vor zwei Jahren hat sich unter Beteiligung beider Kirchen ein „Initiativkreis Wehrmachtsausstellung“ gebildet, der erreicht hat, daß die umstrittene Ausstellung in Dortmund gezeigt wird. Mitte der 90er Jahre hatte dieses Ansinnen im Stadtrat keine Mehrheit gefunden. Dem Initiativkreis gehörten die Evangelische Kirche Dortmund/Lünen (Pfarrer Friedrich Stiller, Superintendent Hartmut Anders-Hoepgen) und das Katholische Stadtgremium Dortmund (Stadtdechant Propst Andreas Coersmeier) an. Begründet wurde die Initiative als „Mut machendes Beispiel einer funktionierenden Zivilgesellschaft“. Ein seelsorgerischer Präsenzdienst sollte dabei dazu beitragen, sich „das Wissen von den Verbrechen des Krieges zu eigen zu machen und es als Mahnung für die Gestaltung unserer Gegenwart zu verarbeiten“. Der geistliche Direktor der Kommende, des Sozialinstituts der Erzdiözese, erklärte sogar: „Das Institut unterstützt diese Ausstellung ganz ausdrücklich auch gegen Widerstände aus den eigenen Reihen. Doch was der Wahrheit dient, muß geschehen.“

Im Begleitprogramm ist die Mitwirkung sachkundiger Kritiker der Ausstellung nicht zu finden, sehr wohl jedoch immer die gleichen Redner, die die beiden Ausstellungen gestaltet, unterstützt oder wissenschaftlich im Auftrag Reemtsmas gutgeheißen und gefördert haben und die, die für falsche und zweifelhafte Aussagen sowie für die Übernahme von Fälschungen (diese wurden einwandfrei nachgewiesen!) die Verantwortung tragen. Na-

men wie Hannes Heer, Manfred Messerschmidt, Wolfram Wette, Hans Mommsen oder Graf Einsiedel. Unter den Veranstaltern liest man Organisationen wie DKP, VVN oder PDS, die aus den Verfassungsschutzberichten bekannt sind. In den Ankündigungen stehen Sätze wie „Fakten über das Wüten der deutschen Besatzer“ oder über den Umstand, daß in Polen und Rußland die Bevölkerung ausgerottet werden sollte. Gegen den Vortrag eines kritischen Militärhistorikers, der nicht im Programmheft stand, aber im Städtischen Museum genehmigt war, ging eine Antifa-Horde mit solcher Gewalt vor, daß die Polizei einschritt und den Zugang zum Saal für die wartenden Besucher schloß.

Ein Thema der Begleitveranstaltungen waren die Feldgeistlichen, die Kriegerdenkmäler und der Heldengedenktag, heute Volkstrauertag, als wichtiges Mittel zur Propagierung kriegsverherrlichender Ziele. So wurde nach der kritischen Distanz der evangelischen Kriegspfarrer zum kriegerischen Handeln gefragt und der katholische Religionspädagoge Missalia stellte auch in Dortmund wieder unter seinem Buchtitel „Wie der Krieg zur Schule Gottes wurde“ den Feldbischof Rarkowski in fraglichen Zusammenhang. Die Veranstaltungen evangelischer Christen befassten sich vorwiegend mit den didaktischen Möglichkeiten, die die Thematik „Verbrechen der Wehrmacht“ bietet, und wie man dies am Beispiel der Sowjetunion im Schulunterricht bearbeiten kann. Fachkräfte der evangelischen Beratungsstelle standen für Fragen und Widersprüche bereit, die angesichts der Ausstellung „zu den uns vertrauten Familienerzählungen und zu unseren bisherigen Geschichtsvorstellungen aufbrechen“.

In noch größerer Nähe zur Ausstellungsthematik standen einige Veranstaltungen der Katholischen Akademie Schwerte und der Kommende. Ein zweitägiges Seminar der Akademie hatte die ideologische Zurichtung der Wehrmacht als Voraussetzung für den Vernichtungskrieg, eine historisch völlig unhaltbare These der Ausstellung, zum Leitthema. Im zweiten Teil folgte "Die Verbrannte Erde. Der Rückzug der Wehrmacht... 1941/1942-1944/45". Die Tatsache, daß dieses leider anerkannte Kriegsmittel, 1941/42 radikal angewandt durch die Sowjets, durch die Zerstörung der Infrastruktur und der Lebensmittelvorräte die eigene Bevölkerung am stärksten traf, stand nicht im Programm der Tagung, die infolge mangelnder Beteiligung abgesagt werden mußte. In der Ankündigung eines weiteren Akademievortrags wurde zur Rolle der Kirchen festgestellt, diese hätten zwar eine allgemeine Verantwortung des Geschehens akzeptiert, jedoch wird kritisiert: „Auf der anderen Seite setzten sie sich jedoch für schwerstbelastete Kriegsverbrecher ein und wandten sich gegen kollektive Schuldzuweisungen“.

Im Katholischen Zentrum fand ein Vortrag eines mit zwei Preisen ausgezeichneten Forschers über die Rolle der Wehrmacht bei der Arisierung in den besetzten Gebieten statt. Sie hätte darin bestanden, daß die den nationalen Regierungen auferlegten Besatzungskosten „auch aus beschlagnahmtem jüdischen Vermögen bezahlt wurden. Die Gelder gingen, verwaltet von den jeweiligen Wehrmachtsintendanten, u.a. als Sold an die Wehrmachtssoldaten“. Bei einem „Kommendefrühshoppen“ stellten sich Vertreter der Kirchen und Historiker den Fragen zur Ausstellung. Die anwesenden Kriegsteilnehmer fühlten sich einstimmig angegriffen und durch die Ausstellung einem kollektiven Schuldspruch unterworfen. Sie stießen dabei auf vehementen Widerstand der Veranstalter, obwohl allein schon in der Einleitung der kirchlichen Förderer zur Ausstellung der nachstehende Satz dies insinuiert: „Damit wird nicht *jeder* Soldat pauschal als Verbrecher abgestempelt und diffamiert“.

Besonders bedauerlich ist die Tatsache, daß alle Einsprüche engagierter Christen ohne Wirkung geblieben sind. Von evangelischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Gutachter der Wissenschaftlichen Kommission die Grundaussagen der ersten Ausstellung für richtig erklärt hatten. Es würde ja auch nicht gesagt, daß alle Mitglieder der Wehrmacht Verbrecher gewesen seien. Selbst der Präses der ev. Kirche in Westfalen hätte zur Eröffnung der Ausstellung eine Rede gehalten und als Zeichen der Anerkennung einen Scheck der evangelischen Kirche zur Durchführung der Ausstellung überreicht.

Selbst von katholischen Ordinariaten kamen Antworten wie, man wolle sich in dieser komplexen Angelegenheit nicht insgesamt äußern oder „wir hatten die Ambivalenz dieses Engagements [für die Ausstellung] den Verantwortlichen mitgeteilt“.

Die neue Ausstellung, die als wissenschaftlich gilt, versucht nur mit einer Fülle von Dokumenten diesen Eindruck zu erwecken. In ihr wird weiterhin die unwahre Behauptung der acht Gutachter Reemtsmas, die erste Ausstellung habe keine Fälschungen enthalten, weiter vertreten. Auf vielen Seiten werden Verbrechen der Wehrmacht suggeriert, aber nichts wird direkt behauptet. Andere Seiten enthalten nur Füllmaterial oder Dokumente ohne Beziehung zur Wehrmacht.

Anmerkung der Red.: Mit diesem Artikel sollen Kriegsverbrechen auf beiden Seiten auf keinen Fall heruntergespielt oder gar geleugnet werden. Aber auch bei diesem heiklen Thema geht es um Sachlichkeit und Objektivität, damit ungerechte Pauschalvorwürfe an ganze Völker, Volks- und Berufsgruppen – etwa deutsche oder russische Soldaten - vermieden werden (vgl. auch die Stellungnahme zum „Fall Hohmann“ auf S. 30).

EU-Beitritt der Türkei?

Interview mit dem Europa-Parlamentarier Dr. Werner Langen

Dr. Werner Langen (CDU) ist Mitglied der „Parlamentsdelegation Europäisches Parlament-Türkei“. Das Gespräch führte Volker Niggewöhner vom internationalen Hilfswerk „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ während der Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Königstein/Taunus.

VOLKER NIGGEWÖHNER: Der EU werden weitere zehn Staaten beitreten und das Gesicht Europas mitprägen. Gibt es eine europäische Identität?

DR. WERNER LANGEN: Sicher haben die einzelnen Staaten unterschiedliche Traditionen. Aber es gibt verbindliche Werte für alle Staaten, die zur EU gehören oder ihr beitreten wollen. Das fängt an bei der Grundrechte-Charta, die Teil des europäischen Verfassungsvertrags werden soll. Es gibt politische und wirtschaftliche Kriterien für die Aufnahme von Staaten und es bestehen verbindliche Vorgaben für die Achtung von Menschenrechten und Meinungsfreiheit.

Trotz dieser gemeinsamen Werte gibt es Europäer, die die EU lieber als werte- und kulturneutralen Staatenbund zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen sähen. Hätte eine solche Staatengemeinschaft Zukunft?

Nein, sicher nicht. Im Moment wird zwar im Europäischen Konvent sehr kontrovers über die Meinung des Vorsitzenden Giscard d'Estaing diskutiert, der einen Gottesbezug nicht in die europäische Verfassung aufnehmen will. Doch das wäre meiner Meinung nach ein Fehler. Der Gottesbezug gehört in die Verfassung der Europäischen Union. Europa ist eine Wertegemeinschaft und wird es auch bleiben.

Schon Ende 2004 könnte die Europäische Union der Türkei Beitrittsverhandlungen anbieten. Passt die Türkei in die europäische Wertegemeinschaft?

Ganz entschieden nein. Das belegt allein die Tatsache, dass die Türkei die von der EU geforderte Trennung von Staat und Religion nicht erfüllt. Die Türkei ist zwar auf der Grundlage der Verfassung Kemal Atatürks ein laizistischer Staat. Tatsächlich jedoch kontrolliert der Staat die Religionsgemeinschaften sehr stark. Selbst die muslimische Mehrheit der Türkei untersteht einer massiven Repression durch den Staat, in dem de facto das Militär

das Sagen hat. Der frühere islamistische Ministerpräsident Necmettin Erbakan musste zurücktreten, nachdem er die Schulen zum islamischen Glaubensbekenntnis verpflichten wollte. Der kurzzeitige Ministerpräsident und jetzige Außenminister Abdullah Gül klagt zur Zeit vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof dafür, dass seine Tochter an der Universität ein Kopftuch tragen darf. Das zeigt, wie wenig die Politik das Geschehen in der Hand hat und wie stark der Einfluss der Militärs ist.

Was muss sich in der Türkei ändern, damit Religionsfreiheit gewährleistet ist?

Die Türkei braucht eine neue Verfassung, sonst wird sie kaum alle EU-Kriterien für einen Beitritt erfüllen. Laut Artikel 24 der türkischen Verfassung gibt es keine allgemeine Religionsfreiheit. Das betrifft Moslems und andere Religionen. Christen ist es bis heute verboten, Pfarrer und Religionslehrer auszubilden. Christliche Hochschulen sind seit über dreißig Jahren geschlossen und Christen dürfen keine Kirchen neu errichten. Dazu kommt die Diskriminierung im täglichen Leben: Die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche wird zum Beispiel im Personalausweis vermerkt. Zwar rühmt sich die Türkei, dass sie zur Zeit den Weiterbau einer evangelischen Kirche im südostanatolischen Diyarbakir duldet und auf Druck der Tourismus-Industrie im Ferienort Antalya eine Kirche für europäische Urlauber gebaut wird. Doch das reicht als Hoffnungszeichen nicht aus. Das sind keine Ansätze für eine wirkliche Religionsfreiheit.

Welche Folgen hat die Religionspolitik des türkischen Staates ?

Der Bevölkerungsanteil der Christen nimmt in der Türkei ständig ab. 1923 waren zwanzig Prozent der Bewohner der Türkei Christen. Heute liegt ihr Anteil bei unter einem Prozent. Auch das religiöse Empfinden der muslimischen Bürger wird unterdrückt. Der türkische Staat unterhält in seinem „Präsidium für religiöse Angelegenheiten“ 123.000 Beamte, um die sunnitische Bevölkerungsmehrheit der Türkei zu kontrollieren. Dieser Überwachungsapparat hat Stasi-Ausmaße.

Warum ist es wichtig, dass in der Türkei Christen leben?

In der Türkei befinden sich Stätten der frühesten Christenheit. Wir Europäer haben eine Verantwortung für dieses Erbe. Der Verbleib von Christen in der Türkei ist wichtig für das Zusammenleben der Religionen in Europa. Gelingt der Dialog zwischen Christen und Moslems in der Türkei nicht, dann gelingt er auch in keinem anderen Land.

Ein EU-Beitritt der Türkei würde die kulturelle und religiöse Gewichtung in Europa verändern. Zu Europa gehörte dann ein Volk von 66 Millionen Menschen, die mehrheitlich muslimischen Glaubens sind ...

Die Frage der Religionszugehörigkeit ist nicht entscheidend, zumal in Europa bereits 21 Millionen Moslems leben. Europa basiert auf der griechischen Philosophie, dem römischen Recht, den Werten der Französischen Revolution und der Ethik des Christentums. Das Christentum ist also nur *ein* Pfeiler unserer Kultur, und Europa daher kein christlicher Klub. Die freie Wahl der Religion muss verbindliches Recht für alle Mitgliedsstaaten sein, das gilt auch für die Türkei.

Ein weiteres Kriterium für den EU-Beitritt ist die Wahrung der Menschenrechte...

Wenn die Türkei in die EU will, muss sie schon vor Aufnahme von Beitrittsverhandlungen spürbare Verbesserungen bei der Wahrung der Menschenrechte, der Religionsfreiheit und der Minderheitenpolitik vorweisen. Auch die Behandlung der Kurdenfrage wird mit Sicherheit eine Rolle spielen, weil auch sie in den Bereich Menschenrechte fällt. Mich hat gewundert, dass die rot-grüne Bundesregierung, die sonst immer die Menschenrechte im Mund führt, sich so leichtfertig auf Druck der Amerikaner für einen Beitrittsstatus der Türkei ausgesprochen hat.

Wie weit ist die Türkei bei der Aufarbeitung des Völkermordes an 1,5 Millionen Armeniern und mehreren hunderttausend aramäischsprachigen Assyriern in den Jahren 1915-1918 sowie der Vertreibung Hunderttausender griechisch-orthodoxer Christen ?

Noch nicht sehr weit. Auch diese Frage wird eine Rolle bei den Beitrittsverhandlungen spielen. Die französische Nationalversammlung hat den Völkermord an den Armeniern einstimmig anerkannt. Die mangelhafte Aufarbeitung der Vergangenheit ist ein Grund, warum die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei erst 2004 aufgenommen werden. Der französische Präsident Jacques Chirac hat sich dafür persönlich eingesetzt.

Die Haltung vieler europäischer Staatsführungen zu einem EU-Beitritt der Türkei sind zwiespältig. Mal machen sie den Türken Hoffnungen, dann blocken sie die Beitrittsverhandlungen ab. Warum tun sich die europäischen Regierungschefs so schwer, der Türkei konkrete Bedingungen zu nennen?

Das liegt daran, dass die Türkei einerseits die Aufnahmekriterien in politischer, wirtschaftlicher, gesetzlicher und verwaltungsmäßiger Hinsicht bei weitem nicht erfüllt. Andererseits hat die Türkei als Mitgliedsland der NATO vor allem sicherheitspolitische Bedeutung. Die Türkei ist Bindeglied zwischen den islamischen Staaten des Nahen Ostens und Europa und natürlich gibt es auch wirtschaftliche Interessen.

Die Türkei besitzt in der Frage des EU-Beitritts einen mächtigen Fürsprecher. Wird der Einfluss der USA eine Rolle spielen?

Die Wünsche der USA werden bei einer Entscheidung über die EU-Mitgliedschaft der Türkei keine Rolle spielen. Die USA haben aus sicherheitspolitischen Erwägungen ein Interesse, dass die Türkei in die westliche Welt eingebettet ist. Aber sie verstehen nicht die Vielschichtigkeit der europäischen Kultur und Geschichte und dass die Türkei nach jetzigem Stand nicht zur europäischen Wertegemeinschaft gehört.

Ist die Türkei in der Lage, die Kriterien für einen EU-Beitritt zu erfüllen?

Die entscheidende Frage ist, ob die Türkei den Weg aus ihrem verfassungsrechtlichen "Mittelalter" hinausfindet und in der Lage ist, sich eine moderne und demokratische Verfassung zu geben, die den gemeinsamen Grundlagen der europäischen Mitgliedsländer entspricht. Und da habe ich Zweifel. Der Nationale Sicherheitsrat, in dem die Militärs das letzte Wort haben, dominiert die Politik der Türkei. Er kann Gesetze außer Kraft setzen und Politiker absetzen. Die Türkei ist weit davon entfernt, ein demokratischer Staat zu sein. Aus meiner Sicht zeichnet es sich nicht ab, dass die Türkei in absehbarer Zeit Mitglied der Europäischen Union werden könnte.

Kurzmeldungen

Islamisches Gymnasium in Frankreich: Laut Süddeutsche Zeitung soll das Gymnasium in Lille einer menschenrechtsfeindlichen Moschee verbunden sein. In Bonn werden 465 Schüler an der König-Fahd-Akademie auf Arabisch unterrichtet. Auch diese Schule war im Oktober 2003 in den Verdacht der Nähe zum Terrorismus geraten. Der zuständige SPD-Regierungspräsident ließ den Unterricht dort unter Auflagen weiter zu. In Berlin und München gibt es private moslemische Grundschulen, die auf Deutsch unterrichten. (UM)

Großkonfessionen in Lübeck: Kirchen an Moslems geben: Laut "Der Spiegel" bejahen leitende Geistliche der katholischen Kirche und der luth. Landeskirche in Lübeck den Vorschlag von Günther Grass, Moslems Kirchengebäude zu überlassen. (UM)

Ev.- Konservativer setzt Abtreibungsverbot durch: Die Parlamentarier des US-Bundesstaats South Dakota beschlossen die Bestrafung von Abtreibung, außer bei erheblicher Gesundheitsgefahr für die Mutter. Amerikanische Lebensrechtler feiern den Initiator des Gesetzes Matt Mc Caulley, der zu einer Gemeinde der "Deutschen Baptisten" gehört. (UM)

Rezensionen

Rußlanddeutsche sind Deutsche!

**Götz Eberbach: Woher? Wohin? Die Wanderungen der
Russlanddeutschen gestern und heute.**

**Eckartschrift 170, 112 Seiten, zahlreiche Abb., 2 Landkarten in Farbe;
€ 7,40; ISBN 3-902350-07-5.**

**Zu bestellen bei der Österreichischen Landsmannschaft,
A-1080 Wien, Fuhrmannsgasse 18A;
Ruf: 0043-1-408 22 73-2, Fax: 40 22 882.**

Die hier vorliegende Schrift soll kein wissenschaftliches Werk sein, sondern eine für jedermann gut verständliche Arbeit über Geschichte und Gegenwart dieser deutschen Volksgruppe, die wie wohl keine andere noch bis heute unter den Kriegsfolgen zu leiden hat. Entrechtet und deportiert, suchen die Rußlanddeutschen in der alten Heimat eine neue Heimat und stoßen dabei oft auf Ablehnung - seltsamerweise oft gerade bei denjenigen Kreisen, die eine „multikulturelle Gesellschaft“ für erstrebenswert halten. In Rußland als die „Deutschen“, die „Fritzen“ und oft auch die „Faschisten“, die „Verräter“ (die sie nie waren) beschimpft, gelten sie in Deutschland als die „Russen“.

Der Verfasser, der seit zehn Jahren mit Rußlanddeutschen arbeitet, möchte dem Leser die Geschichte dieser Volksgruppe erzählen und Verständnis dafür wecken, daß Menschen, die oft kein oder nur wenig Deutsch sprechen können, trotzdem als Deutsche gelten wollen und auch als Deutsche anerkannt werden sollten. Er zeigt und erklärt, warum diese Menschen - gerade um ihr Deutschtum zu erhalten - nach Deutschland zurückkehren wollen. Er möchte aber auch den Rußlanddeutschen helfen, die neue (alte) Heimat zu verstehen, um in ihr bestehen zu können.

Die Schrift wendet sich dabei nicht gegen „die Russen“, die ja oft selbst Opfer des unmenschlichen kommunistischen Systems waren, angefangen von der Zarenfamilie bis hin zu Hunderttausenden von armen Bauern und Arbeitern. Die Schrift wendet sich also an Deutsche in allen Staaten und will Verständnis für die rußlanddeutschen Landsleute wecken, die so viel zu erleiden hatten, nicht, weil sie in irgendeiner Weise „Täter“, sondern nur weil sie Deutsche waren.

Besonders erwähnenswert ist die vielseitige Ausstattung mit zwei Farb-Landkarten und vielen Fotos, welche die Leistungen und die Leiden der Rußlanddeutschen dokumentieren.

Wir können dieses Buch Rußlanddeutschen, aber auch hiesigen „Einheimischen“ sehr zur Lektüre empfehlen.

Red.

Alexander Solschenizyn schrieb über die Russlanddeutschen:

(Aus „Der Archipel Gulag.“ Band 3, Bern, 1974 .S. 402f. Kapitel „Die Völker-verschickung“)

„Kreuz und quer durcheinandergesiedelt und voreinander entblößt, offenbarten die Nationen ihre Merkmale, Lebensweisen, Geschmäcker und Neigungen.

Ausnehmend tüchtig und arbeitsam waren unter ihnen die Deutschen. Von ihnen allen haben sie hinter dem vergangenen Leben das dickste Kreuz gemacht (was war das denn auch für Heimat an der Wolga oder am Manytsch?). Wie einst auf dem von Kaiserin Katharina geschenkten fruchtbringenden Land, so setzten sie sich jetzt auf dem von Stalin zugewiesenen kargen Boden fest, widmeten sich ihm, als wär's nunmehr für alle Zeit ihr eigen. Nicht bis zur ersten Amnestie richteten sie sich darauf ein, nicht bis zur ersten Zarenquade, sondern – für immer. 1941 blank und nackend ausgesiedelt, jedoch umschichtig und unermüdetlich, ließen die Deutschen den Mut nicht sinken und schickten sich an, ebenso ordentlich und vernünftig zu werken. Wo liegt auf Erden jene Wüste, die die Deutschen nicht in blühendes Land zu verwandeln verstünden? Nicht umsonst hieß es im früheren Rußland: Der Deutsche ist wie'n Weidenbaum. Wo du ihn hinsteckst, schlägt er Wurzeln. Ob im Schacht, auf der Traktorenstation oder auf dem Staatsgut, die Ratschalniks waren des Lobes voll über die Deutschen, bessere Arbeiter fanden sie nicht. Schon zu Beginn der fünfziger Jahre hatten die Deutschen – unter den übrigen Verbannten, ja, oft auch unter den Einheimischen – die besten, geräumigsten und saubersten Häuser; die größten Schweine; die milchreichsten Kühe. Ein deutsches Mädchen war eine begehrte Braut, nicht allein der Wohlhabenheit ihrer Eltern wegen, sondern weil sauber und anständig inmitten der durch und durch verlotterten Lagerumwelt.“

Zusatz: Aus dieser Welt in Kasachstan und Kirgistan werden nun die Rußlanddeutschen wie auch die Russen durch die nun unabhängigen Moslemvölker vertrieben, gerade weil sie es zu einem bescheidenen Wohlstand gebracht haben, der den Neid mancher Kasachen, Kirgisen usw. erregt.

Schockierende Fakten

Erich Brüning: Der fremde Agent.

Freimaurerei, Vatikan und die Evangelikalen.

Verlag f. Reformator. Erneuerung, Wuppertal, 2004, 141 S., 7,90 Euro.

Erhältlich bei: Christlicher Kassettendienst,

Tel. 07231-66529, Fax 07231-42 44 067

Brünings Titel entstammt einem Zitat aus dem Munde von Papst Paul VI. (1963-1978), der damit das Eindringen der Hochgradfreimaurerei in den Vatikan charakterisierte. Brüning hat sich die Mühe gemacht, die umfanglichen aber den meisten unbekanntem Hinweise in päpstlichen und freimaurerischen Veröffentlichungen in eine Synopse zu bringen. Warum ist das so bedeutsam? Die Annäherung der Evangelikalen an die Ökumene reißt viele zwischen Besorgnis und Hoffnung hin und her. Sollte die Kath. Kirche wirklich einen Kurswechsel vollzogen haben, so daß man mit ihr eine „Neuevangelisation Europas“ anstreben könnte? Oder steckt hinter allem eine groß angelegte und verschleierte Strategie?

Zu seinem Erstaunen erfährt der Leser, daß wir es nicht mehr mit dem traditionellen Katholizismus zu tun haben, der einen Alleinvertretungsanspruch in altbekannter Weise geltend macht, auch wenn er immer noch diesen Eindruck erweckt. Stattdessen haben wir es mit einer schillernden Vermischung dogmatischer und liberaler Vorstellungen, mit Marienverehrung und Humanismus, mit der Heiligenverehrung der Kath. Kirche und der Baumeisterideologie der Freimaurer zu tun. Im Vatikan hat mit dem II. Vatikanischen Konzil eine „Neue Theologie“ Einzug gehalten, die sich etwa durch den „Assisi-Synkretismus“ des Papstes jedem halbwegs kritischen Beobachter in augenfälliger Weise verrät. Auslöser und Antreiber im Hintergrund war Papst Johannes XXIII. (1958-1963). Für Skeptiker sei hinzugefügt, daß diese neue Linie auch in dem am 15.12.2003 vom ZDF ausgestrahlten italienischen Film „Papst Johannes XXIII. - ein Leben für den Frieden“ klar wurde.

Eine große Anzahl der Kurienmitglieder und ranghohe Prälaten und Bischöfe - es heißt, bis zu 30 Prozent - sind Mitglieder unterschiedlicher Freimaurerlogen. Kern der Kath. Umorientierung sind die Konzilsvereinbarung „pacem in terris“ und die Enzyklika „gaudium et spes“ (Bau einer neuen Menschheit). Kenner der Szene argwöhnen, daß nicht die Freimaurer die Kath. Kirche unterwandert haben, sondern die Kath. Kirche die Freimaurer vor ihren Karren spannt. Man kann auf den Ausgang des Ringens gespannt sein, sicher ist aber, daß mit verdeckten Mitteln und Methoden operiert wird, um eine Welteinheitsgesellschaft mit einer Weltregierung zu etablieren. Hierin treffen sich freimaurerische und katholische Absichten.

Bedeutsam daran ist für die Evangelikalen (konservative Evangelische), daß es sich nicht um Vorgänge abseits von Gemeinde und Evangelisation handelt, sondern längst durch bekannte Persönlichkeiten und Programme das ganze evangelikale Lager betrifft. Brüning listet viele bekannte Namen mit ihren Querbezie-

hungen und Beeinflussungen auf – Namen in Deutschland und weltweit, deren Nennung ernüchtert und schockiert. Brüning listet auch die Events der evangelikalischen Spaßgesellschaft mit ihren „ultimativen“ Kicks auf, „Spring“, „Christival“, „Jesus-House“, die – bewusst oder unbewusst - vom freimaurerisch inspirierten Relativismus, Modernismus und Pragmatismus inspiriert sind. Den Abschluß bilden die Hinweise und Zitate aus dem politischen Raum, wo in Geheimgesprächen von den Top-Politikern an einer freimaurerisch inspirierten „Neuen Weltordnung“ gestrickt wird. Brüning hat sich der Mühe unterzogen, die unterschiedlichen Einflußgrößen in einem Überblick zusammenzufassen. Wem bei dieser Lektüre nicht die Augen aufgehen, dem ist nicht mehr zu helfen.

Gottfried Meskemper

Kurzmeldungen

Immer mehr Protestanten: Von 1900 bis 2000 stieg die Zahl der Menschen von 1,6 auf 6,1 Milliarden Menschen. Der Anteil der Katholiken an der Christenheit ging leicht zurück, von 50,8 auf 50,2 Prozent. Die Zahl der Orthodoxen halbierte sich von 22,1 auf 10,2 %. Anglikaner, als zwischen Katholizismus und Protestantismus stehende separate Konfession eingeordnet, sanken von 5,8 auf 3,8 Prozent. Zu protestantischen Kirchen gehörten 1900 21,3 % der Christenheit, 2000 35,7 Prozent. (UM)

SPD-Vorsitzende fast alle katholisch: Der Katholik Franz Müntefering ist SPD-Vorsitzender geworden, bald nachdem Gerhard Schröder beim Bochumer Parteitag als Vorsitzender wiedergewählt wurde. Seine fünf Stellvertreter sind Wolfgang Thierse, Heidemarie Wiecezorek-Zeul, Wolfgang Clement, Ute Voigt, Kurt Beck. Außer Schröder und Wiecezorek-Zeul sind alle katholisch (UM).

Wehrdienst - eher "Arbeiter an die Front"? 9 Prozent der westdeutschen Hochschulabsolventen, 15 % der Realschulabsolventen und 29 % der Abiturienten der Jahrgänge 1962 –1977 verweigerten den Wehrdienst. (UM)

Papstbotschafter fürchtete Rechtsruck - unter Brandt! Ein hoher Geistlicher im Vatikan, der für den sowjetkommunistischen Geheimdienst KGB Spionage betrieb, informierte die Sowjetunion während der Verhandlungen über die Ostverträge darüber, daß der damalige Nuntius (Papstbotschafter) in Bonn einen Rechtsruck der deutschen Politik befürchtete. Schon länger bekannt ist ein Bericht über einen Empfang Kanzler Brandts im Vatikan, bei dem Papst Paul VI. den SPD-Chef zu dessen Überraschung überschwänglich lobte. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken befürchtete ebenfalls einen Rechtsruck anlässlich der letzten Bundestagswahlen, wie die Funktionärin des Zentralkomitees Karin Kortmann, SPD-Bundestagsabgeordnete, laut Süddeutscher Zeitung erklärte. (UM)

Kardinal billigt islamischen Prinzessinpaten: Belgiens Königssohn, Prinz Laurent, will einen moslemischen Paten für seine erstes Kind, ein Mädchen. Kardinalerzbischof Danneels von Büssel billigt das laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung: Nur *ein* Taufpate müsse katholisch sein. Nach ev.- konservativer Auffassung sollen Paten vor allem für die christliche Erziehung Mitverantwortung tragen... (UM)

Das aktuelle Stichwort

Unter dieser Überschrift erscheinen ab sofort in jeder Ausgabe Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen aus den Bereichen: Religionen, Kirchen, Sekten, Weltanschauungen und Esoterik. Etliche Stichworte finden sich bereits im Internet unter:

www.bible-only.org/german/handbuch

Christenverfolgung

Während die Verführung von Christen vor allem in Ländern einsetzt, wo die christliche Religionsausübung staatlich erlaubt ist, haben Christen in anderen Ländern mit dem Problem der Verfolgung zu kämpfen. Es mag manchem Menschen in unserer "modernen Zeit" unvorstellbar erscheinen, und doch gab es im 20. Jahrhundert die größten Christenverfolgungen aller Zeiten. Die Religionsstatistiker Barrett und Johnson schätzen die Zahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen vom Jahre 33 bis zum Jahre 1990 n. Chr. auf insgesamt etwa 40 Millionen. Davon jedoch gingen nach ihren Angaben circa 27 Millionen (also ungefähr zwei Drittel) allein in den Jahren 1900-1990 in den Tod - eine ungeheure Steigerung! Nach Meinung der Weltweiten Evangelischen Allianz, welche die Zahl der im gesamten 20. Jahrhundert getöteten Christen noch weit höher schätzt, wird das 20. Jahrhundert "als das Jahrhundert der Märtyrer in die Geschichte eingehen".

Allein die Verfolgung während der 26 Jahre dauernden Herrschaft des russischen Diktators Stalin hat mehr Tote hinterlassen als das gesamte Römische Reich in den ersten drei Jahrhunderten nach Christi Geburt. Ähnliches gilt für die Christenverfolgung in China unter der Herrschaft Mao Tse Tungs. Christen opferten ihr irdisches Leben für ihren Glauben in kommunistischen Diktaturen, islamischen Scheichtümern, Arbeitslagern, KZs und den Folterkammern einer missbrauchten Psychiatrie. Zu den blutrünstigsten Juden- und Christenverfolgern gehörten außer Stalin und Mao: Lenin (Sowjetunion), Hitler (Deutschland), Ceausescu (Rumänien), Hodscha (Albanien), Idi Amin (Uganda) und Kim Il Sung (Nordkorea). Im Ostblock hat sich nach dem Fallen des Eisernen Vorhangs Ende der 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts die Lage teilweise entspannt, doch dafür branden in noch-kommunistischen Staaten wie China, Nordkorea, Vietnam und Laos sowie in vielen islamischen Ländern immer wieder neue Verfolgungswellen auf. Staaten wie Algerien, Iran, Libyen, Sudan, Saudi-Arabien und die Türkei bedrängen Christen aufs Schwerste.

Bereits im Jahre 1980 erließ die "Panislamische Konferenz" in Lahore/Pakistan folgenden Geheimbeschluss: "Das ganze Gebiet (= der Nahe Osten) ist bis zum Jahre 2.000 völlig zu islamisieren, und zwar dergestalt im Mittleren Osten, dass alle Lebenden, die nicht Moslems geworden sind - die koptischen Christen in Ägypten, die Christen in Irak, Iran, Türkei, Libanon, Syrien ... und die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen." 24 Regierungen afrikanischer Länder schlossen sich im Sommer 1990 zur "Islam-in-Afrika-Organisation" (IAO) zusammen. Auf der Gründungssitzung wurde beschlossen, nur noch Moslems in führende Ämter zu berufen, das islamische Recht (Scharia) einzuführen und das Christentum sowie andere nichtislamische Religionen zu vernichten. Dem Bürgerkrieg im Sudan sind seit 1982 bis zur Jahrtausendwende nach Schätzungen 1/2-1 Million Christen zum Opfer gefallen. Die nicht Getöteten wurden zu Tausenden in die Sklaverei verschleppt und zum Teil gegen hohe Lösegelder aus dem Westen freigegeben. Kinder von Christen wurden geraubt und dann in muslimischen Familien zwangsislamisiert, um später als Soldaten gegen Christen zu kämpfen.

Auch in Staaten mit einem relativ hohen christlichen Bevölkerungsanteil - wie etwa Ägypten oder Indonesien - werden Christen zunehmend bedrängt und verhaftet. Nach Angaben der Weltweiten Evangelischen Allianz wurden z.B. im Jahre 1998 über 1.000 Christen aus dem ägyptischen Dorf El-Kasheh 600 Kilometer südlich von Kairo eingesperrt und teilweise durch Auspeitschen und Elektroschocks gefoltert. Aber auch aus nicht-islamisch regierten Staaten wie etwa dem hinduistischen Indien wird eine zunehmende Zahl von Übergriffen gegen Christen gemeldet.

Jesus hatte es seinen Jüngern vorausgesagt: "Wenn euch die Welt hasst, so wisst, dass sie mich vor euch gehasst hat ... Haben sie mich verfolgt, so werden sie auch euch verfolgen" (Joh 15,18.20). "Sie werden euch der Bedrängnis preisgeben und euch töten, und ihr werdet gehasst werden um meines Namens willen von allen Völkern" (Mt 24,9). Doch herrlich ist der Lohn derjenigen, die Jesus treu bleiben und seinen Namen nicht verleugnen: "Fürchte dich nicht vor dem, was du leiden wirst! ... Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben" (Offb 2,10). Inmitten härtester Verfolgung hat die Gemeinde Jesu in Ländern wie der früheren Sowjetunion und der Volksrepublik China überlebt, ja sie wurde sogar geistlich gestärkt und ist gewachsen. Die gläubigen Russland- und Rumäniendeutschen, die seit dem Fallen des Eisernen Vorhangs in den Westen kamen, sind oft ein beeindruckendes Beispiel für eine innige Jesusliebe, die im Leidensfeuer geläutert und entflammt wurde. Ja, es gilt: "Freut euch, dass ihr mit Christus leidet, damit ihr auch zur Zeit der Offenbarung seiner Herrlichkeit Freude und Wonne haben mögt!" (1. Petr 4,13).

Lothar Gassmann

Termine

Aufgenommen werden Veranstaltungen von Ortsgruppen der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland und befreundeten Organisationen. Termine bitte spätestens 3 Monate im Voraus der Schriftleitung von ERNEUERUNG UND ABWEHR mitteilen (Anschrift siehe Rückseite). Vielen Dank.

Berlin

Ev. Sammlung Berlin-Brandenburg

Wo: Gemeindehaus der Ev. Luther-Gemeinde, Bülowstr. 71-72, 10783 Berlin-Schöneberg

Info: Tel. 030-2300 66 90

- Do., 6.5.2004, 19.30 Uhr: Podiumsdiskussion über **Jugendfürsorge und Jugendkriminalität**

- Do., 13.5.2004: **Die abrahamitischen Religionen – eine Einheit?** - Referent: Sup. i.R. Dr. Ulrich Woronowicz

Dillenburg

Wann: Samstag, 15.05.2004, 14.00-17.30 Uhr

Wo: Stadthalle Dillenburg

Thema: **Einheit um jeden Preis? Wahre und falsche Einheit von Christen**

Referenten: Dr. Leonardo de Chirico, Padua, Vizepräsident der Evangelischen Allianz von Italien; Les Lofquist, USA, Direktor der Independent Fundamental Churches; Dr. theol. Wolfgang Nestvogel, Dozent an der Akademie für Reformatorische Theologie, Hannover/Marburg

Veranstalter: Arbeitskreis bibeltreuer Publizisten (AbP)

Anmeldung bis 30.04.2004 bei: Hartmut Jaeger, Christliche Verlagsgesellschaft Dillenburg, Moltkestr. 1, 35683 Dillenburg, Fax 02771-8302-90, Email: h.jaeger@cv-dillenburg.de

Lübeck

Wann: 14.05. und 25.06.2004, jeweils 18 Uhr

Wo: Im Hause Schön, Kirchweg 70 in Lübeck-Siems

Thema: **Betrachtung der wichtigsten lutherischen Bekenntnisschriften** (in Fortsetzung)

Interessenten melden sich bitte bei Pastor Schön, Tel. 0451-396747, Fax 0451-396788,

Email: info@reinhard-schoen.de

Bad Wildbad/ Schwarzwald

Wann: 14.05.-15.05.2004 (Seminar mit 3 Vorträgen)

Wo: Bibelseminar Bad Wildbad, c/o Hotel Sonnenbring, Olgastr. 65, 75323 Bad Wildbad

Thema: **Gemeinde und Ökumene – wo sind wir?**

1. **Pietismus – wohin?**
2. **Evangelische Kirche – wohin?**
3. **Ökumene – wohin?**

Referent: Dr. theol. Lothar Gassmann, ARF/ENiD, Pforzheim

Anmeldung und Infos: Hotel Sonnenbring, Tel. 07081-2529, Fax 07081-3124, Email: Sonnenbring@t-online.de

Studientagung der Ev. Notgemeinschaft

Von **24.-26. September 2004** ist im Raum Süddeutschland eine Studientagung zum Thema „**Medizinische Ethik und Gesundheitswesen**“ geplant. Näheres im nächsten Heft!

Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

Mitteilung des Schatzmeisters

Liebe Leser!

Am Jahresbeginn hat mich der Vorstand als Schatzmeister berufen. Mir ist nun die Verwaltung Ihrer Spenden anvertraut. Ich möchte versichern, dass mir jeder einzelne Spender im Geiste vor Augen steht, und dass es für mich Ehrensache ist, mit Ihren Spenden äußerst gewissenhaft umzugehen. Denn von Ihren Spenden – wirtschaftlich gesehen – lebt unser Werk allein. Ich möchte namens des Vorstandes sehr herzlich danken für alle bisherige und weitere Unterstützung, auf die wir dringend angewiesen sind. Nunmehr gilt es, nach vorne zu blicken. Unser Auftrag und unser Bemühen werden dringlicher denn je. Erneuerung ist angesagt – Abwehr täglich vonnöten. Ich wünsche uns gegenseitig treues Geleit.

Ihr Walter Spiess, Bankdirektor a.D., Schatzmeister

In eigener Sache

Da uns immer wieder Nachfragen erreichen, teilen wir hiermit Folgendes mit:

Die **Ausgabe Nr. 11/12/2003** von ERNEUERUNG UND ABWEHR ist nicht erschienen. - Im Zuge der Umstellung bezüglich Schriftleitung und Druckerei in kurzer Zeit gab es bei Heft Nr. 1/2004 leider einige **Pannen** (z.B. einzelne Fehldrucke), für die wir um Entschuldigung bitten. - Im April ist unsere **Geschäftsstelle** nicht besetzt. In *dringenden* Fällen (z.B. Nachbestellungen) können Sie sich in dieser Zeit an die **Schriftleitung** wenden (siehe Rückseite). Wir bitten um Ihr Verständnis.

Letzte Meldung

Ulrich Parzany tritt gemeinsam mit EU-Präsident Prodi und Fokolar-Gründerin Chiara Lubich auf: Bei einem Großtreffen „Gemeinsam für Europa“ am 8. Mai 2004 in Stuttgart soll „das Christentum als die Seele Europas“ betont werden. IDEA 12/2004, S. 11, spricht hier von einer „einmalig breiten Koalition“, die vom evangelikalischen CVJM-Vorsitzenden und ProChrist-Evangelisten Ulrich Parzany über Pietisten, Charismatiker und Pfingstler bis hin zu Katholiken wie etwa der Gründerin der ökumenisch-interreligiösen Fokolar-Bewegung Chiara Lubich und Vertretern der Gemeinschaft Sant Egidio (Initiatorin der interreligiösen Assisi-Treffen!) reicht. - *Besorgte Christen fragen sich, wie so etwas möglich ist, zumal Parzany noch vor Jahren ein Buch („Jesus – der einzige Weg“) veröffentlicht hatte, in dem er sich von jeder Religionsvermischung klar abgrenzte.* (LG)

**Evangelische Notgemeinschaft
Nonnenbühl 3
D-76227 Karlsruhe**

**Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt
E 3644**

Anschriften der Verfasser:

Rechtsass. Thomas Zimmermanns, Ägidiusstr. 1, 50937 Köln

Pred. Rainer Wagner, Von-der-Tann-Str. 11, 67433 Neustadt/Weinstr.

Dr. Armin Boyens u. Dr. Michail Schkarowski, c/o Glaube in der 2. Welt, Postfach 9329, CH-8036 Zürich

Meinrad Frhr. von Ow, Trautenwolfstr. 8, 80802 München

Dipl.-Ing. Gottfried Meskemper, Voltastr. 26, 28357 Bremen

Herausgeber: **Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.**

Vorsitzender des Vorstandes: Ulrich Motte, Wiltrudenstr. 2, 80805 München

Stellvertr. Vorsitzender: Dr. theol. Jürgen-Burkhard Klautke, Dreihäuserplatz 1, 35633 Lahnau

Schriftleitung: Dr. theol. Lothar Gassmann, Am Waldsaum 39, 75175 Pforzheim,
Email: logass1@t-online.de

Redaktionelle Beiträge bitte an den Schriftleiter senden. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten kann keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung übernommen werden. Kürzung oder anderweitige Bearbeitung vorbehalten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die des Herausgebers oder Schriftleiters.

„Auf den PUNKT gebracht“ – Informationen aus Kirche und Welt:

zusammengestellt aus dem Info-Dienst „Auf den PUNKT gebracht“ des Biblischen Arbeitskreises Kassel, Waldecker Str. 10, 34128 Kassel

Geschäftsstelle der Ev. Notgemeinschaft in Deutschland:

Nonnenbühl 3, 76227 Karlsruhe (*zur Zeit nicht besetzt; siehe Hinweis auf S. 67*)

Internet: www.evangelische-notgemeinschaft.de

*Alle Kosten für die Herstellung und Zustellung dieser Ausgabe müssen durch **Spenden** beglichen werden. Diesem Heft liegt ein Überweisungsformular bei.*

Konto: Volksbank Region Leonberg, BLZ 603 903 00, Konto-Nr. 82 122 040

Initialen: UM = Ulrich Motte, gku = Gerhard K. Ulrichs, LG = Lothar Gassmann

Satz: L. Gassmann

Druck: **Karl Elser Druck GmbH, Mühlacker**

Kirche muß Kirche bleiben